



51. Sitzung

Mittwoch, 26. November 2003

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder,
Vizepräsident Peter Paul Müller, Vizepräsident Farid Müller

Inhalt:

Mitteilungen des Ersten Vizepräsidenten

Änderung und Ergänzung der **Tagesordnung** 2997 A

Ausscheiden aus dem Senat und Wiederaufleben des Mandats

(Rudolf Lange) 2997 A

Ausscheiden eines Abgeordneten

(Martin Woestmeyer) 2997 A

Zur Geschäftsordnung

Dr. Andrea Hilgers SPD 2999 B

Dietrich Wersich CDU 2999 D

Dr. Willfried Maier GAL 3000 A

Beschlüsse 3000 B

Antrag des Ersten Bürgermeister:

Bestätigung der Berufung eines Senators

– Drs 17/3720 – 3000 C

Beschluss 3000 D

Vereidigung eines Mitglieds des Senats

Aktuelle Stunde 3001 A

Fraktionen der CDU, SPD, Partei Rechtsstaatlicher Offensive, GAL und FDP:

"Aktuelle politische Lage"

Walter Zuckerer SPD 3001 B

Dr. Michael Freytag CDU 3002 A

Norbert Frühauf
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 3002 D

Christa Goetsch GAL 3003 C

Burkhardt Müller-Sönksen FDP 3004 D

Britta Ernst SPD 3005 C

Bernd Reinert CDU 3006 C

Katrin Freund
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 3007 B

Dr. Willfried Maier GAL 3008 C

Dr. Wieland Schinnenburg FDP 3009 B

Thomas Böwer SPD 3010 B

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihrer Vertreterinnen und Vertreter

– Drs 17/3525 – 3011 A

und

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von Mitgliedern für den Vorstand der Hamburgischen Anstalt für neue Medien

– Drs 17/3551 – 3011 A

sowie

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres

– Drs 17/3687 – 3011 B

Ergebnisse 3032, 3034, 3035

Bericht des Gesundheitsausschusses:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse des Landesbetriebs Krankenhäuser Hamburg

– Drs 17/3632 – 3011 C

Dringlicher Senatsantrag:		– Drs 17/3586 –	3023 D
Teilprivatisierung des LBK Hamburg	3011 C	Beschluss	3023 D
– Drs 17/3691 –			
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	3011 C, 3021 B	Bericht des Kulturausschusses:	
Dr. Mathias Petersen SPD	3013 A	St. Pauli als Wiege der Populärmusik	
Dietrich Wersich CDU	3014 A	– Drs 17/3587 –	3024 A
Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive	3015 C	Beschlüsse	3024 A
Jens Kerstan GAL	3016 D	Bericht des Haushaltsausschusses:	
Peter Rehaag, Senator	3017 D	Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2001	
Werner Dobritz SPD	3020 A	Jahresbericht 2003 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2001	
Dr. Dorothee Freudenberg GAL	3021 D	Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht 2003 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2001	
Beschlüsse	3022 C	Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2001	
Bericht des Eingabenausschusses:		– Drs 3630 (Neufassung) –	3024 B
Eingaben		Beschlüsse	3024 B
– Drs 17/3368 (Neufassung) –	3022 D		
Bericht des Eingabenausschusses:		Bericht des Schulausschusses:	
Eingaben		Novellierung des hamburgischen Privatschulrechts	
– Drs 17/3606 –	3023 A	– Drs 17/3631 –	3024 C
Beschlüsse	3023 A	dazu	
Sammelübersicht	3023 B	Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP:	
Beschlüsse	3023 B	Novellierung des hamburgischen Privatschulrechts	
Senatsantrag:		– Drs 17/3721 –	3024 D
Mandat des Hamburger Senatsvertreters im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union	3023 A	Beschlüsse	3024 D
– Drs 17/3552 –	3023 B	Bericht des Innenausschusses:	
Beschluss	3023 B	Zusammenführung der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein in einer gemeinsamen Anstalt des öffentlichen Rechts	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		– Drs 17/3640 –	3025 A
Anpassung der Geldleistungen nach dem Fraktionsgesetz		dazu	
– Drs 17/2416 –	3023 C	Antrag der Fraktion der SPD:	
mit		Zusammenführung der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein	
Interfraktioneller Antrag:		– Drs 17/3725 –	3025 A
Anpassung der Geldleistungen nach dem Fraktionsgesetz		Beschlüsse	3025 A
Deckung des Mehrbedarfs			
– Drs 17/2417 –	3023 C	Antrag der Fraktion der SPD:	
Beschlüsse	3023 C	Leichenschau "Körperwelten" stoppen	
Bericht des Kulturausschusses:		– Drs 17/3646 –	3025 B
Hamburger Gesetz über die Führung der Berufsbezeichnung "Restaurator"		Beschluss	3025 B
		Antrag der Fraktion der SPD:	

**Keine Finanzierung der Neugestaltung
des Jungfernstiegs durch SAGA- und
GWG-Mieter**

– Drs 17/3647 – 3025 B

Zurückgezogen

Antrag der Fraktion der SPD:

**Entlassung des Präs des Behörde
für Bildung und Sport**

– Drs 17/3648 – 3025 C

Zurückgezogen

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

**Einführung und Umsetzung des
Kita-Gutscheinsystems**

– Drs 17/3666 – 3025 C

Beschluss 3025 C

Senatsantrag:

**Antrag des Senats auf Verleihung
des Ehrenbürgerrechts an Herrn
Uwe Seeler**

– Drs 17/3633 – 3025 D

Ole von Beust, Erster Bürgermeister 3025 D

Walter Zuckerer SPD 3026 C

Dr. Michael Freytag CDU 3027 B

Norbert Frühauf
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 3028 C

Christa Goetsch GAL 3029 A

Burkhardt Müller-Sönksen FDP 3030 A

Beschluss 3030 D

A **Beginn: 15.02 Uhr**

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich darf die Pressevertreter bitten, uns zu ermöglichen, mit der Arbeit zu beginnen.

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Herr Rudolf Lange ist am 17. November 2003 von seinem Amt als Senator der Freien und Hansestadt Hamburg zurückgetreten. Der Senat hat dazu am 18. November 2003 gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Verfassung beschlossen, dass Herr Lange mit seinem Rücktritt aus dem Senat ausgeschieden ist. Herr Lange ist damit wieder Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft geworden. Herr Lange, ich begrüße Sie in unserer Mitte.

(Beifall im ganzen Hause)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist dafür der Abgeordnete Martin Woestmeyer ausgeschieden. Herr Woestmeyer war seit dem 31. Oktober 2001 Mitglied der Bürgerschaft und hat schwerpunktmäßig im Schulausschuss und Kulturausschuss mitgearbeitet. Im Namen der Bürgerschaft danke ich Herrn Woestmeyer für die geleistete Arbeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich darf zu Beginn der Sitzung darauf aufmerksam machen, dass Beifalls- als auch Missfallenkundgebungen von den Zuschauertribünen nicht zulässig sind.

Meine Damen und Herren, mir ist mitgeteilt worden, dass vor Eintritt in die Tagesordnung gemäß Paragraph 44 der Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Die Abgeordnete Dr. Hilgers hat es für maximal zwei Minuten.

Dr. Andrea Hilgers SPD (zur Geschäftsordnung):* Herr Präsident! Meine Damen und Herren, was Sie hier heute mit der Tagesordnung in Sachen Landesbetrieb Krankenhäuser machen, ist ein politischer Skandal und eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der politische Skandal wird später noch besprochen. Zunächst zur Geschäftsordnung:

Die Drucksache 17/3632, der Bericht des Gesundheitsausschusses über seine Sitzung am 7. November 2003, soll angeblich auf einvernehmliche Bitte des Ausschusses auf der Tagesordnung sein. Dieser Ausschuss tagte ohne SPD- und GAL-Fraktion.

(*Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Wer hat wohl Schuld daran? – *Michael Freytag CDU*: Wer rausgeht, muss auch wieder reingehen!)

Beide Fraktionen waren für diesen Tag entschuldigt. Trotzdem haben die Regierungsfraktionen getagt und haben sich – oh Wunder – miteinander geeinigt, dieser Bericht solle auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaft; im Übrigen ohne Berücksichtigung der Ergebnisse des mitberatenden Haushaltsausschusses. SPD und GAL waren nicht beteiligt, das nötige Einvernehmen für diesen Vorgang ist nicht hergestellt. Wir beantragen von daher die Absetzung der Drucksache 17/3632 von der Tagesordnung.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): C Frau Abgeordnete, Sie müssen nun zum Ende kommen.

Dr. Andrea Hilgers (fortfahrend): Soll es in dieser Bürgerschaft etwa übliches Verfahren werden, dass die Regierungsfraktionen Ausschüsse so terminieren, dass die Oppositionsfraktionen nicht teilnehmen können, um dann angeblich einvernehmliche Bitten abzugeben?

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Können? Sie sind freiwillig rausgegangen!)

Dies ist eine grobe Missachtung des Parlaments, eine unparlamentarische Vorgehensweise.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Außerdem wollen Sie auch noch die zweite LBK-Drucksache, Nummer 17/3691, zur Privatisierung heute auf die Tagesordnung hieven, um Ihre unseriöse Verkaufsaktion im Schweinsgalopp durchzuziehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch diese Vorgehensweise ist unparlamentarisch und ich bitte Sie als Parlamentarier der Regierungsfraktionen, stimmen Sie diesen unerhörten Vorgängen nicht zu. Auch Sie haben die Pflicht zu kontrollieren. Kommen Sie dieser Pflicht nicht nach, wird sich das rächen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Wersich.

D

Dietrich Wersich CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Abänderung der Empfehlung des Ältestenrats beantrage ich gemäß Paragraph 26 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung, die Tagesordnung für heute um die Drucksache 17/3691, Teilprivatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser, zu ergänzen.

Der LBK steht nach einem achtjährigen Umstrukturierungskurs zum Jahresende mit einer Rekordverschuldung von 500 Millionen Euro da.

(*Erhard Pumm und Dr. Andrea Hilgers, beide SPD*: Geschäftsordnung!)

– Das ist die Begründung dieses Antrags.

Ein reguläres Unternehmen wäre bereits insolvent. Jeder Tag länger, in dem das Unternehmen in diesem Zustand verharrt, bringt Arbeitsplätze und die Gesundheitsversorgung Hamburgs in Gefahr und belastet den Steuerzahler.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die vorgelegten Anträge des Senats sind geeignet, diese Probleme zu lösen.

(*Werner Dobritz SPD*: Verscherbelt!)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBK müssen Planungssicherheit für ihre Zukunft bekommen und dazu so bald wie möglich in direkte Gespräche mit dem Investor eintreten.

(*Uwe Grund SPD*: Sie kriegen doch gar nichts dafür!)

- A Deshalb ist es unsere Pflicht als Abgeordnete, die parlamentarische Meinungsbildung so schnell wie möglich zu betreiben. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zur Ergänzung der Tagesordnung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Michael Neumann SPD*: Möglichst ohne Opposition! Dann schafft das Parlament gleich ab!)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maier.

Dr. Willfried Maier GAL (zur Geschäftsordnung): Meine Damen, meine Herren! Insbesondere diese letzte Bitte ist nun wirklich das Groteske von allem. Sie wollen im Blindflug die Bürgerschaft beschließen lassen über einen Verkauf, zu dem kein Abgeordneter, der nicht informelle Wege hat – das sind Sie –, überhaupt irgendeine Frage an den Finanzsenator hat stellen können. Der Finanzsenator hat am 17. des Monats auf einer gemeinsamen Sitzung des Gesundheitsausschusses und des Haushaltsausschusses zu den konkreten Bedingungen des Verkaufs jede Auskunft verweigert. Er hat ausdrücklich gesagt, dass wir davon gedanklich abstrahieren sollten. Jetzt kommen Sie heute, obwohl keine Möglichkeit der Nachfrage war, und wollen hier schon darüber beschließen. Das ist ein Schlag ins Gesicht des Parlaments.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B Wenn wir uns so etwas erlaubt hätten, wären Sie aus dem Parlament ausgewichen. Hier dreht es sich nicht um Peanuts, hier dreht es sich um eine der wichtigsten und größten Verkaufsaktionen, die die Stadt überhaupt macht. Da dem Parlament kein Wort der Beratung zu gönnen und hier einfach beschließen zu wollen, ist unerhört.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Michael Neumann SPD*: Sie wissen schon, warum!)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte, wie von der SPD-Fraktion beantragt, den Tagesordnungspunkt 36, Drucksache 17/3632, von der Tagesordnung streichen? – Gegenstimmen? – Stimmabstimmungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte die Tagesordnung um die Drucksache 17/3691, Dringlicher Senatsantrag, Teilprivatisierung des LBK Hamburg, ergänzen? – Gegenstimmen? – Stimmabstimmungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

(*Uwe Grund SPD*: Das werdet Ihr noch bereuen!)

Der Dringliche Senatsantrag wird sodann als Tagesordnungspunkt 20 a in die Tagesordnung aufgenommen.

Da der Dringliche Senatsantrag im sachlichen Zusammenhang mit dem Bericht des Gesundheitsausschusses, Drucksache 17/3632, steht, schlage ich vor, die Tagesordnungspunkte 36 und 20 a gemeinsam aufzurufen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir auch so verfahren.

Ich rufe nun mehr auf den Tagesordnungspunkt 01, Drucksache 17/3720, Antrag des Ersten Bürgermeisters

zur Bestätigung der Berufung eines Senators. Diese Drucksache haben Sie heute als Tischvorlage erhalten. C

**[Antrag des Ersten Bürgermeisters:
Bestätigung der Berufung eines Senators
– Drucksache 17/3720 –]**

Nach Paragraph 4 des Senatsgesetzes entscheidet die Bürgerschaft über die vom Ersten Bürgermeister beantragte Bestätigung eines Senators ohne Aussprache in geheimer Abstimmung.

Vereinbarungsgemäß findet diese Abstimmung in Kabinen statt. Wir verfahren so, dass Herr Farid Müller, Frau Pauly und Frau Pawlowski abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort den Stimmzettel entgegenzunehmen. Mit dem Zettel gehen Sie bitte in eine der Kabinen und nehmen Ihre Entscheidung vor. Bitte kreuzen Sie nur ein Kästchen an. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen führen zur Ungültigkeit. Auch unausgefüllte Zettel sind ungültig. Danach begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht, und geben Sie dort Ihren Stimmzettel in dieselbe.

Ich darf nun Herrn Müller bitten, mit dem Aufruf beginnen zu wollen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Dann ist die Abstimmung beendet. Ich bitte nun mehr, das Ergebnis ermitteln zu wollen. Für die Dauer der Auszählung ist die Sitzung kurz unterbrochen. D

Unterbrechung: 15.23 Uhr

Wiederbeginn: 15.39 Uhr

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es wurden 120 Stimmzettel abgegeben. Davon waren 119 Zettel gültig und ein Stimmzettel ungültig. Mit Ja haben gestimmt 59, mit Nein haben gestimmt 58 bei zwei Stimmabstimmungen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Für die Bestätigung ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich und diese ist erreicht.

Ich bitte nun Herrn Soltau, vor die Präsidiumsbank in unsere Mitte zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Amtseinführung ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor:

"Ich schwöre, dass ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senates obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Frei-

A en und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will."

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

Reinhard Soltau: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Herr Senator, Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und viel Erfolg im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Meine Damen und Herren! Herr Senator, es ist Ihnen gestattet, auf der Senatsbank Platz zu nehmen.

Wir kommen nun zur

Aktuellen Stunde

Hierzu ist von allen fünf Fraktionen gemeinsam das Thema

"Aktuelle politische Lage"

angemeldet worden.

Ich wäre schon ganz dankbar, wenn wir hier unten noch einmal dafür Sorge tragen könnten, dass wir in Ruhe arbeiten können.

Das Wort hierzu wird gewünscht und der Abgeordnete Zuckerer bekommt es.

B **Walter Zuckerer SPD:*** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute zum dritten Mal innerhalb weniger Monate über die politische Lage in der Stadt Hamburg und es ist notwendig, darüber zu reden, weil diese Mesalliance aus CDU, Schill-Partei und FDP mit diesem Abstimmungsergebnis wieder einmal gezeigt hat, dass sie sich von Krise zu Krise schleppen wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diese Koalition hatte ihr moralisches Fiasko mit der Entlassung von Ronald Schill und diese Koalition hat jetzt ihr politisches und sachliches Fiasko mit dem Rücktritt von Rudolf Lange, denn dieser Rücktritt war vor allen Dingen eines: Er war das offene Eingeständnis des Scheiterns der Schulpolitik, der Familienpolitik und der Jugendpolitik dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Rudolf Lange ist gegangen; das war notwendig und längst überfällig, aber die Probleme sind geblieben und ungelöst. Sie haben uns ein tagelanges Schauspiel geboten – Koalitionsausschusssitzungen, Spitzengespräche –, aber Sie haben keine Korrektur der Politik herbeigeführt, wie sie notwendig wäre. Stattdessen haben Sie um Staatsratsposten geschachert; das war es, was Sie der Stadt geboten haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Jeder weiß inzwischen, dass CDU, Schill-Partei und FDP zerstritten sind. Die Mehrheiten, falls man das noch so nennen will, für die Wahl von Senator Soltau wurden mit Posten zusammengekauft und mit der Angst vor Neuwahlen herbeigezwungen und knapper ging es nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Und dann gab es noch Geld, gerade so viel Geld, dass die Stadt den Betrieb der Kindertagesstätten nicht noch in diesem Jahr teilweise einstellen muss. Das war es und das ist zu wenig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Jeder hier weiß, dass der Rausschmiss von Ronald Schill und Rudolf Lange keine Aktionen einer gewöhnlichen Regierungsumbildung waren. Die Spaltenkandidaten von zwei Parteien mussten den Senat verlassen, Spaltenkandidaten von zwei Parteien, die im Herbst des Jahres 2001 den politischen Neuanfang verkündeten, und der ist vorbei.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zumindest die FDP, die mit ihrer Politik in einer Mischung aus Selbstüberheblichkeit, Mediokrität und Dilettantismus versunken ist, muss sich doch fragen lassen, wer in dieser Stadt eigentlich noch die FDP braucht außer die FDP sich selbst.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Bürgermeister von Beust, die Bürger dieser Stadt erwarten mehr als eine achselzuckende Politik, mehr als "es wird schon werden" und "weiter so". Wo war eigentlich Ihre Führung, als der Zweite Bürgermeister Mario Mettbach öffentlich von einem Krisenmanagement unter aller Sau im Fall Schill sprach?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D

Das war doch eine Beleidigung für Sie, für uns alle hier, für die Demokraten dieser Stadt.

Herr Bürgermeister, an diesem Wochenende wird Ronald Schill erneut zum Landesvorsitzenden seiner Partei gewählt werden. Wie wollen Sie dann mit diesem Widerläufer eigentlich umgehen, dem Sie selbst die charakterliche und politische Eignung für jedes Amt abgesprochen haben?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Was zählt dann mehr, die Fragen der Ehre oder der Machterhalt? Diese Fragen müssen Sie der Stadt beantworten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dürfen wir dann mit einer Geschäftsordnung für den besonderen politischen Verkehr im Koalitionsausschuss rechnen, mit getrennten Tischen und vielleicht dem Austausch von Memoranden, damit man nicht miteinander reden muss?

Herr Bürgermeister, zur Halbzeit Ihrer Regierung haben Sie eine Kampagne gestartet mit dem schönen Titel "Unsere Stadt ist in guten Händen". Nichts gegen Ihre Hände, die Bilder von Ihnen sind auch sehr gut, aber was hat das mit der Politik dieser Koalition zu tun, mit den Senatoren Mettbach, Rehaag, Kusch oder Horáková und ihrer unbestrittenen Unter durchschnittlichkeit?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Abgesehen davon, dass es nicht hanseatischer Stil war und es so etwas nie gegeben hat, ist es auch ziemlich bizarr. Ich komme zu meinem letzten Satz.

A Meine Damen und Herren! Wir haben nicht nur die Hälfte der Legislaturperiode hinter uns, wir haben mit dem heutigen Tag auch das Verfallsdatum dieser Koalition längst überschritten.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Freytag.

Dr. Michael Freytag CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das politische Ritual aktueller Stunden verlangt für gewöhnlich, dass sich Oppositions- und Regierungsfraktionen mit wüsten Attacken kritisieren und sich wechselseitig Versagen vorwerfen. Irgendwie langweilig!

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich will es daher heute einmal anders versuchen und der SPD ausdrücklich Respekt und Anerkennung zollen, verbunden mit einem Wort des Dankes. Auf die SPD ist nämlich Verlass.

(*Michael Neumann SPD: Genau!*)

Immer dann, wenn dieser Senat aufgrund von Senatorenauswechselungen zugegebenermaßen in schwerer See ist, gelingt es der SPD mit einer geradezu meisterhaften zeitlichen Präzision, parallel zur Senatskrise die eigene hausgemachte Führungskrise ausbrechen zu lassen und in voller Blüte zur Entfaltung zu bringen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Dr. Andrea Hilgers SPD: Lächerlich!*)

Gab es im August dieses Jahres bei der Auswechselung von Herrn Schill ein breites Gezänk um den Spitzenkandidaten der SPD, so wird jetzt ihr Landesvorsitzender Scholz von der eigenen Partei demontiert und wirft das Handtuch. Sie sind keine Opposition, Sie sind im Abseits, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Eine Opposition, die solchermaßen dem Senat das Leben erleichtert, muss an dieser Stelle auch einmal in besonderer Weise gelobt werden. Ich bin durchaus in der Lage und auch bereit, bei herausragenden Leistungen des politischen Gegners den nötigen Respekt zum Ausdruck zu bringen. Dieser Senat – daran geht kein Weg vorbei, insbesondere vor dem Hintergrund des Zustandes der SPD – ist gut für Hamburg

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Zurufe von der SPD: Nee, nee, nee! – *Michael Neumann SPD: Das glauben schon die eigenen Leute nicht mehr!*)

und das permanente Führungschaos der SPD ist gut für diesen Senat. Also ist die SPD in ihrem jetzigen Zustand gut für unsere Stadt. Machen Sie weiter so, dann werden wir Ihnen unsere Anerkennung nicht verweigern.

Rücktritte und Ministerwechsel sind in parlamentarischen Demokratien ein gewöhnlicher Vorgang. Falls Sie Erinnerungslücken haben sollten: Allein in den letzten beiden sozialdemokratisch geführten Wahlperioden gab es sechs Auswechselungen von SPD-Senatoren, übrigens auch im

Bereich Inneres und Schule. Wir sind also voll im Trend, meine Damen und Herren. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich aufregen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Und falls Sie weitere Erinnerungslücken haben. Allein in der letzten Wahlperiode gab es eine Fülle von Demonstrationen und Streiks von Schülern und Lehrern gegen die SPD-geführte Bildungspolitik. Über 80 000 Menschen sind gegen Ihre Bildungspolitik auf die Straße gegangen. Herr Mirow hat völlig Recht, wenn er sagt, dass der Machtverlust der SPD nicht nur auf eigene Fehler in der Inneren Sicherheit zurückzuführen sei, sondern auch auf das Versagen in der Bildungspolitik – da stehen wir voll hinter Herrn Mirow.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Michael Neumann SPD: Wer glaubt das? Wo leben Sie?*)

Mit der heutigen Wahl von Reinhard Soltau haben wir die richtigen Weichen für die Zukunft gestellt. Seine Politik werden wir zu einem Erfolgsmode für Hamburg ausbauen.

(*Michael Neumann SPD: Sie haben völlig den Bezug zur Realität verloren!*)

Reinhard Soltau ist führungsstark, kompetent, zielstrebig, integrierend und kommunikationsstark.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Reinhard Soltau ist ein Gewinn für den Senat und für diese Stadt. Er ist der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Platz.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Frühauf.

Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch von dieser Stelle noch einmal mein Glückwunsch an Senator Soltau. Die Bürgerschaft, der Bürgersenat und die Koalition haben erneut Handlungsfähigkeit bewiesen, sie haben Stabilität bewiesen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Michael Neumann SPD: Haben Sie ihn gewählt?*)

Von der Opposition hören wir nur die üblichen Tiraden, ärgern uns aber schon gar nicht mehr darüber. Auch wir können Sie loben, meine Damen und Herren, Sie nehmen Ihre Aufgabe gut wahr. Machen Sie es weiter gut, bleiben Sie, wo Sie sind, dann sind wir zufrieden.

(*Michael Neumann SPD: Einen haben wir schon überzeugt!*)

Ihnen geht es doch nur darum, alles schlecht zu machen

(*Ingo Egloff SPD: Sie sind einfach schlecht!*)

und damit sind Sie in der guten Tradition dessen, was Sie auch schon vorher gemacht haben, denn auch, als Sie regierten, haben Sie vieles schlecht gemacht.

A (Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Der Zustand der Regierung ist gut.

(Lachen bei der SPD und der GAL – *Michael Neumann SPD: Realitätsverlust!*)

Die Prioritäten sind richtig gesetzt und sie bleiben richtig gesetzt, wir sind weiter auf dem richtigen Weg. Es wird finanzielle Nachbesserungen geben.

(*Michael Neumann SPD: Da rennt selbst der Bürgermeister weg, wenn Sie so reden!*)

Sie sehen an der Wahl von heute, dass wir noch lange regieren werden, auch ohne Senator Lange. Sie sehen, dass wir handlungsfähig bleiben. Wir werden unser Programm weiter in die richtige Richtung umsetzen. Unsere Wahlversprechen werden gehalten und wir haben mehr auf den Weg gebracht als Rotgrün in zehn Jahren. Der Bürger weiß das, Sie wissen es und deshalb habe ich keine Sorge, dass wir dies auch weiter fortsetzen können.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Sie haben keine Politikalternativen anzubieten, Sie sind regierungsunfähig. Sie haben lediglich das Versprechen anzubieten, auf allen Gebieten mehr Geld auszugeben. Dabei wissen Sie sehr genau, dass Geld sich nicht durch Zellteilung vermehrt, sondern erarbeitet und in den Haushalt eingestellt werden muss. Sie haben bereits vor der Wahl nicht gewusst, woher Sie das Geld nehmen sollten. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie Lehrer eingespart haben, dass Sie Richter und Polizisten weiter einsparen wollten. Sie haben an der Sauberkeit dieser Stadt gespart und die Funktionsfähigkeit gefährdet. Und jetzt kommen Sie und sagen, Sie hätten Geld genug, um all das, was wir machen, noch viel besser zu machen und noch viele hundert Millionen Euro mehr dafür auszugeben. Sie haben dies damals nicht getan, aber Sie haben Busbahnen zurückgebaut, um den Verkehr zu stoppen, und Straßenbahnen geplant und jetzt wollen Sie noch die Grindelallee einspurig bauen. Kein Kommentar!

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Sie kochen ein verdammt dünnes Süppchen, das keinem in dieser Stadt schmeckt, und dann versuchen Sie noch, unsere Rezepte abzuschreiben. Selbst wenn Ihnen das gelingen sollte, liebe Freunde von der Opposition, so haben Sie ja keinen Koch mehr.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Werner Dobritz SPD: Machen Sie mal einen Knopf oben auf!*)

Sie brauchen dafür einen Spitzenkoch, einen Sternekoch gewissermaßen,

(*Barbara Duden SPD: Wo das denn?*)

aber Sie behelfen sich mit Küchenhelfern, was ja ein ehrenwerter Beruf ist.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Ihre Findungskommission wird lange suchen und wir brauchen keine Findungskommission.

(*Glocke – Lachen bei der SPD und der GAL*)

C **Erster Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Nicht jeder, wie er am besten kann. Das Wort hat der Abgeordnete Frühauf.

Norbert Frühauf (fortfahrend): Sie gackern wie ein Hühnerhaufen und auch das stimmt mich froh. Bleiben Sie, wie Sie sind. Wir haben ausreichend politisches Personal, wie Sie an der Wahl von Herrn Soltau gesehen haben. Wir brauchen keine Findungskommission, die lange suchen muss.

(*Michael Neumann SPD: Postenschacherei! Die Stadt als Beute!*)

Was Sie brauchen, ist eine lange Zeit in der Opposition. Die wünsche ich Ihnen und wir werden lange regieren können, weil Sie lange brauchen werden, um überhaupt wieder politikfähig zu werden; wir sind es.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Freytag, Herr Frühauf, ich muss Ihre Wahrnehmungsstörungen doch einmal korrigieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist doch nun wirklich so, dass der Erste Bürgermeister von Beust auf Druck der Öffentlichkeit in den letzten Wochen zwei der Spitzenleute seiner Koalitionspartner, Schill und Lange, rauswerfen musste beziehungsweise zum Rücktritt tragen musste, den einen wegen charakterlicher und fachlicher Unfähigkeit, den anderen wegen handwerklicher und fachlicher Unfähigkeit. Das lässt sich nicht bestreiten, die Einschätzungen waren klar, nur Herr von Beust hat es relativ spät gemerkt.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie haben sechs Rücktritte in Ihrem Senat gehabt!*)

D Der desaströse Zerfall des Spitzenduos – es war ja mal ein Trio – hat deutlich gezeigt, in welch verzweifeltem Zustand sich die Koalition insgesamt befindet. Zur Halbzeitbilanz am 23. September wurde doch glatt von der Rechtskoalition behauptet, dass unsere Stadt in guten Händen sei. In Wirklichkeit ist seit zwei Jahren das Gegenteil der Fall.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

In Wahrheit entgleitet Ihnen die Hansestadt doch immer mehr. Es gab noch nie so viele Negativschlagzeilen in der Öffentlichkeit, noch nie so viele Negativschlagzeilen in der überregionalen Presse. Wenn sogar schon "The New York Times" über die Skandale berichtet, dann ist das weiß Gott kein Ruhmesblatt für die Politik in dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und in seinem angeblich wichtigsten Feld hat der Rechtssenat die größten Misserfolge vorzuweisen: Kita- und Bildungspolitik sind ein Trümmerfeld,

(*Wolfgang Drews CDU: Das ist doch Quatsch!*)

es ist eine Wüste der FDP, die Sie hinterlassen haben.

A (Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfgang Drews CDU: Blödsinn! – Glocke*)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Drews, durch Wiederholung wird diese Sprache nicht parlamentarischer. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Christa Goetsch (fortfahrend): Herr von Beust fuhr die Politik der drei Affen: "Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen". Zu all den Katastrophen in der Kinder- und Bildungspolitik hat er keine Silbe verloren. Er greift nur da vehement ein, wo er persönlich Schaden nehmen könnte.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Meine Damen und Herren besonders von der FDP, die Trümmer der Lange-Politik werden nicht so einfach zu beseitigen sein. Tausende von Familien warten auf die Kita-Plätze und 10 000 werden folgen, wenn die Übergangslösungen im Dezember vorbei sind. Lebensplanungen in dieser Stadt haben Sie über den Haufen geworfen, Frauen aus dem Beruf gedrängt und die Kinder auf die Straße. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und Sie, meine Damen und Herren von der CDU tun so, als ob es Schill nicht mehr gebe. Dabei ist er weiterhin Parteivorsitzender und er ist in der Fraktion dieses Koalitionspartners.

(Beifall bei *Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive*)

B Solange sich Schill gerade im Augenblick zurücknimmt, übernimmt Herr Mettbach die Rolle des "Senat-Pöblers" in dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, das Wort "Senat-Pöbler" halte ich nicht für parlamentarisch.

Christa Goetsch (fortfahrend): Herr Mettbach beschimpft dann wahlweise den Bürgermeister, dessen Stellvertreter er ist, oder versucht noch, ausgeschlossene CDU-Mitglieder zu werben, die sich mit antisemitischen Reden hervorgetan haben. Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren. Die Entscheidung der CDU, sich mit Schill einzulassen und zu koalieren, ist und bleibt ein Sündenfall.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es muss die liberal-konservativen CDU-Mitglieder schaudern vor der eben gehörten Niveaulosigkeit dieses Koalitionspartners und auch ob der Schillianisierung der CDU-Fraktion in diesem Parlament.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Diese Koalition war und ist – ich zitiere hier zum wiederholten Male die FAZ –

"der Bastard unter den Koalitionen in der BRD".

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Pfui!*)

Herr von Beust hat weiterhin ein ungelöstes Problem.

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, selbst wenn Sie zitieren, ist es noch kein parlamentarischer Sprachgebrauch.

(*Wolfgang Drews CDU: Das begreift die nicht!*)

Christa Goetsch (fortfahrend): In jedem Parlament dieser Welt darf zitiert werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Dr. Michael Freytag CDU: Wir haben gerade etwas verabredet!*)

Herr Bürgermeister, Herr von Beust, Sie haben spätestens nach dem nächsten Hamburger Schill-Parteitag ein Problem,

(*Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie sind die Parlaments-Pöblerin!*)

wenn Schill wieder zum Parteivorsitzenden gewählt wird. Was machen Sie dann?

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Frühauf, das gilt natürlich auch für andere Redner. Auch das, was Sie eben gesagt haben, war nicht parlamentarisch.

Christa Goetsch (fortfahrend): Herr von Beust, Sie haben zwar Schill vor die Tür gesetzt, aber was machen Sie, wenn er wieder hereinkommt? Lassen Sie ihn herein?

Eines ist klar, Sie sind es sich selbst und auch der Stadt Hamburg schuldig, ihm die Tür vor der Nase zuzuschlagen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Müller-Sönksen.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bürgerkoalition hat ihre Handlungsfähigkeit heute unterstrichen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Herr Neumann: Mehrheit ist Mehrheit.

(Vizepräsident Peter Paul Müller übernimmt den Vorsitz – *Michael Neumann SPD: Freytag sprach von Krise!*)

Aber eine deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in Hamburg steht hinter unserer Politik.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Zurufe von der SPD und der GAL)

Die FDP war, ist und bleibt ein verlässlicher Partner in dieser Koalition der Mitte. Sie hat sich in den vergangenen Wochen als stabiler Faktor gezeigt. Außer den Grünen – die SPD hat die Situation wieder einmal bei einer innerparteilichen Nabelschau verpennt – hat noch nicht einmal jemand nach Neuwahlen gerufen. Dabei hat niemand mit einer Alternativregierung Rotgrün spekuliert, nicht einmal die Opposition selbst.

- A Wir haben großen Respekt vor der eigenen Entscheidung von Rudolf Lange.

(Michael Neumann SPD: Welche meinen Sie?)

Ganz Deutschland ruft nach Politikern, die entschlossen Reformen anpacken

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

und mutig notwendige Reformprojekte auf den Weg bringen. Dies waren in Hamburg insbesondere Bildung und Sprachförderung in Kitas, Vorschule und Grundschule, Abitur nach zwölf Jahren, Neuorganisation der Lehrerarbeitszeit, Ausbau der Ganztagschulen, zentrale Vergleichs- und Abschlussprüfungen, konkret auf Leistungsstandards ausgerichtete Bildungspläne und die Reform des Berufsschulwesens. Das war eine Herkulesarbeit von Rudolf Lange gewesen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Kein sozialdemokratischer Bildungssenator zuvor hat in so kurzer Zeit so viel bewegt.

(Oh-Rufe von der SPD – Ingo Egloff SPD: Das hat er jetzt davon!)

Dabei hat er zwangsläufig sehr viel Kritik auf sich gezogen und das häufig in ausgesprochen unfairer Weise. Das möchte ich an dieser Stelle gern für Rudolf Lange sagen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- B Reinhard Soltau ist genau der richtige Mann,

(Barbara Duden SPD: Der arme Kerl!)

zur richtigen Zeit, am richtigen Ort.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Dr. Verena Lappe GAL: Warum haben Sie ihn nicht gleich genommen?)

Mit der ihm eigenen ruhigen und aufgeschlossenen Art wird er jetzt die zahlreich vor ihm liegenden Gespräche innerhalb und außerhalb der Behörde führen. Bei einer so großen Behörde ist es eine Selbstverständlichkeit, dass ein neuer Senator 100 Tage Schonfrist erhält,

(Jan Ehlers SPD: Alle 100 Tage einen neuen Senator wählen! – Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

nicht um sich auszuruhen, sondern um valide Entscheidungsgrundlagen vorzubereiten.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Schon jetzt habe ich von der Elternkammer, der Schülerkammer und den Lehrerverbänden sehr positive Signale erhalten, die sich eine neue Gesprächskultur mit Senator Soltau versprechen.

(Christian Maaß GAL: Sie wären selbst gern Senator gewesen!)

Die FDP-Fraktion freut sich sehr auf die Zusammenarbeit mit Senator Reinhard Soltau und wird ihm jegliche erdenkliche Unterstützung zuteil werden lassen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive) C

Mit der Wahl von Reinhard Soltau hat die FDP nochmals ihren Anspruch unterstrichen, die Bildungspartei in Deutschland und vor allem auch in Hamburg zu sein und zu bleiben.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Die harten Auseinandersetzungen mit der Opposition zeigen, dass unsere politischen Gegner die von Ihnen selbst vorher vernachlässigte Wichtigkeit dieses Politikfeldes verkannt haben. Die Opposition läuft der FDP in der Bildungspolitik nur hinterher, aber wir sind schneller. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Müller-Sönksen, diese letzte Dankesrede auf Rudolf Lange hätten Sie sich nach diesem erforderlich gewordenen Senatorenwechsel in Hamburg wirklich schenken können.

(Beifall bei der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Wrocklage war sehr erfolgreich, ich weiß!)

Herr Dr. Freytag, auch Sie stellen sich nicht den Realitäten in dieser Stadt. Sie wissen ganz genau, dass dieser Senatorenwechsel heute kein normaler Vorgang ist, der vergleichbar ist, sondern Ihnen sind zwei von drei Spitzenkandidaten, die dieses Bündnis geschmiedet haben, abhanden gekommen. Das zeigt, wie brüchig diese Koalition ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Bürgermeister, Sie hatten bei keinem Senatorenwechsel eine Bürgermeistermehrheit und der Trend zeigt nach unten. Die Ergebnisse werden immer schlechter. Der Rückhalt in dieser Koalition schwindet und das ist auch ein Abbild über das, was in Hamburg diskutiert wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben weiterhin die Probleme, die Sie auch gestern schon hatten. Die Krise dieser Koalition, die seit Sommer schwelt, ist nicht beendet, und die Missstände im Kinder-, Jugend- und Schulbereich sind auch nicht angepackt worden. Darüber kann auch heute die Wahl nicht hinwegtäuschen. Herr von Beust, das nächste Wochenende müssen Sie doch mit Spannung erwarten. Sie werden sich ab dem nächsten Wochenende die Frage stellen, ob Sie wortbrüchig werden wollen gegenüber der Stadt oder gegenüber sich selbst oder ob Sie reinen Tisch machen und diesem Spuk dieser Regierung endlich ein Ende machen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in diesen zwei Jahren, in denen Hamburg schwerer Schaden zugefügt worden ist, genug experimentiert. Da hilft Ihnen auch keine Imagekampagne, um gegen die Hetzreden Ihrer Koalitionspartner international wieder ein gutes Bild zu machen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

D

A Den Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt nützt dieser Senatorenwechsel gar nichts. Allen in der Stadt war klar, dass Lange eine Fehlbesetzung war. Wir haben vor eineinhalb Jahren an dieser Stelle bereits den Rücktritt gefordert. Zwei Jahre sind verschenkt worden, zwei Jahre, in denen die Hamburgerinnen und Hamburger darauf gewartet haben, dass Sie Bildung zur Priorität in dieser Stadt machen. Der Abbau von Lehrerstellen ist das Ergebnis dieser Politik und das ist an jeder Schule in Hamburg zu spüren.

(*Burkhard Müller-Sönksen FDP: Unfinanzierte Lehrerstellen, reden Sie mal darüber!*)

Sie mussten für den Kita-Haushalt aus allen Ressourcen 18,6 Millionen Euro zusammensammeln, um die Misswirtschaft von Schulsenator Lange überhaupt auszugleichen,

(*Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Stimmt doch gar nicht!*)

ohne dass ein einziger zusätzlicher Platz geschaffen wurde. Das sind 18,6 Millionen Euro Soli-Beitrag für eine abgewirtschaftete FDP, Herr Müller-Sönksen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der Fortbestand der Koalition wurde mit diesen 18,6 Millionen Euro erkauf, Herr Müller-Sönksen, und Sie können als Liberaler stolz darauf sein, eine subventionierte Fraktion in diesem Parlament zu sein, ohne die dieses Bündnis am Ende wäre.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

B Sie haben ungelöste Probleme hinterlassen und Sie wissen es auch. Zum Jahresende fallen in Hamburg 12 000 Kita-Plätze weg.

(*Burkhard Müller-Sönksen FDP: 15 000 weniger als zu Ihrer Zeit!*)

Zurzeit verzweifeln die Eltern am Bewilligungsstopp für Kita-Plätze. Kinder, die aus sozialen Gründen einen Platz brauchen, bekommen ihn nicht. Es gibt bei einem Wechsel von der Krippe in die Kita keine Weiterbewilligung. All diesen Eltern in der Stadt nützt dieser Senatorenwechsel heute überhaupt nichts. Deshalb wird es Ihnen auch nicht gelingen, die Stimmung zu verändern.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Soltau, wir haben nichts dagegen, Ihnen 100 Tage zu gönnen, aber Sie werden sie angesichts der ungelösten Probleme in dieser Stadt nicht haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie haben die Schulzeitverkürzung auf zwölf Jahre bis heute nicht finanziert. Sie nehmen die Mittel der Bundesregierung für den Aufbau von Ganztagschulen und statt hier mehr Zeit zum Lernen zu bieten und zu einem sozialen Ausgleich zu kommen, finanzieren Sie die von Ihnen angeleitete Verkürzung des Abiturs auf zwölf Jahre mit diesen Mitteln, die für mehr Chancengleichheit in diesem Land dienen sollen. Der laufende Ausbau der Ganztagschulen ist auch nicht gesichert. Ein neues Loch von 15 Millionen Euro ist noch nicht geschlossen, das wissen Sie auch, und der laufende Ausbau der Ganztagschulen soll zulasten der Hamburger Schulen jetzt schon geschehen. Eine neue Sparwelle kommt auf Sie zu.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Alles Phantasie!*)

Der vergangene Schulsenator hat das Wort "Standards" in jeder Rede in seinem Mund gehabt. Was Sie hier ablefern, ist unterstes Niveau für die Politik in einer Großstadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Reinert.

(*Werner Dobritz SPD: Werden Sie nun Staatsrat?*)

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Dobritz, das ist ein Schicksal, das weder Sie noch mich ereilen wird; das hoffe ich jedenfalls.

(Zurufe von der SPD)

Wenn man sieht, aus welchen Gründen diese Koalition vor zwei Jahren gewählt wurde, dann muss man sagen, dass wir in diesen zwei Jahren bestätigt haben, dass es richtig war, einen Senatswechsel in Hamburg herbeizuführen.

(Beifall bei *Elke Thomas CDU*)

Es wird auf jeden Fall zwei Jahre bis zur nächsten Wählerentscheidung dauern und wir werden dann auch wieder gewählt werden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Der Wähler hat sich im Jahre 2001 dafür entschieden, die Macht aus den Händen von SPD und GAL zu nehmen, denn er hat gesagt, in dieser Stadt muss endlich gehandelt werden.

(*Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Und das wurde Zeit!*)

Wir handeln und wir haben bereits eine Vielzahl an Erfolgen festzustellen und zu verzeichnen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich möchte als Stichworte nur die wachsende Stadt

(Beifall bei *Ekkehard Rumpf FDP*)

sowie die wirtschafts- und verkehrsfreundliche Stadt nennen. Diese Dinge sind unter Ihnen versautet worden; schlicht gesagt, Herr Neumann, Sie sollen mich ja auch verstehen können.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Frau Ernst sagte, wir hätten Missstände nicht angepackt.

(*Michael Neumann SPD: Parken in der zweiten Reihe!*)

Liebe Frau Ernst, da bleiben wir bitte im Bereich Bildung.

(*Michael Neumann SPD: Wollen wir auf dem Niveau bleiben?*)

Was haben wir im Jahre 2001 hier übernommen? Wir haben eines der teuersten Schulsysteme in Deutschland übernommen, mit einem so miserablen Output, was die Lernleistungen der Schüler angeht, dass wir innerhalb der PISA-Studie ...

C

D

A *(Ingo Egloff SPD: Sie sind doch Lehrer! – Michael Neumann SPD: Als Lehrer wissen Sie doch, wo von Sie reden!)*

– In der Tat, Herr Neumann, weiß ich es. Das unterscheidet uns manchmal, wenn Sie reden. Ich weiß immer, wovon ich rede.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir haben ein System mit sehr schlechtem Output übernommen. Wir haben dafür gesorgt – Herr Müller-Sönksen ist darauf schon eingegangen –, dass neue Bildungspläne für alle Schulformen und Altersstufen eingeführt werden. Unter Ihnen waren die Bildungspläne für die Grundschulen, glaube ich, noch aus den Achtzigerjahren. Das sollten wir doch einmal festhalten. Wir führen einheitliche Bildungsstandards ein, wir fordern nicht nur, wir fordern auch, denn von vernünftigen Leistungen im Schulsystem und dass Schülerinnen und Schüler etwas lernen, hängen später ihre beruflichen Chancen ab. Ich möchte nicht, dass Hamburger Schulabgänger im Ländervergleich schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsort haben als Kinder aus anderen Bundesländern.

Lassen Sie mich abschließend auf den Bereich Kindertagesheime eingehen. Was haben wir hier übernommen? Eines der teuersten Systeme in Deutschland. Wir haben – bei gesenkten Elternbeiträgen – mehr Plätze als je zuvor geschaffen.

(Christa Goetsch GAL: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

B Zu den Problemen hinsichtlich der Finanzierung, die Sie jetzt angesprochen haben, kann ich nur Folgendes sagen: Wir haben Handlungsbedarf vorgefunden, wir haben gehandelt und wenn wir Nachsteuerungsbedarf vorfinden, steuern wir nach, aber der Kurs ist richtig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat die Abgeordnete Freund.

(Christian Maaß GAL: Frau Staatsrätin! – Michael Neumann SPD: Bewerbungsrede!)

Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Außer Diffamierungen habe ich von der Opposition sehr wenig gehört. Frau Ernst, wenn Sie so viel Wert auf Prozentzahlen legen, dann frage ich mich, warum Ihr Mann nicht zurücktritt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der FDP und der CDU – Christian Maaß GAL: Das ist eine Frechheit, was Sie sich erlauben! – Dr. Andrea Hilgers SPD: Holen Sie mal Ihren Mann aus Kuba zurück!)

Ich möchte in dieser Debatte, da es um den Bildungssektor geht, noch einmal näher auf die Schulpolitik zu sprechen kommen, da wir eben den neuen Senator gewählt haben.

Ich möchte feststellen, welchen Scherbenhaufen Sie uns in der Bildungspolitik hinterlassen haben und dass dieser für alle anderen Bereiche symptomatisch zu bewerten ist.

C Resümieren Sie einmal, was wir vor zwei Jahren von Ihnen übernommen haben. Ich erinnere mich an eine völlig erstarre Schulpolitik, die mit mehr als 30 Prozent über den Kosten im Bundesdurchschnitt lag, und ein PISA-Ergebnis, nach dem Hamburg Platz 14 von 16 Bundesländern einnahm, wenn Sie es überhaupt fertig gebracht haben, dass die Schüler daran teilnehmen.

Ich erinnere mich an 500 Lehrer, die nicht im Haushalt abgedeckt waren. Das war im Wahljahr, damit Sie ein paar Wählerstimmen mehr zurückkaufen konnten.

Ich erinnere mich an ein Zweiklassensystem der unterschiedlichen Schulformen. Für die von Ihnen ideologisch so geliebten Gesamtschulen haben Sie über 20 Prozent mehr ausgegeben als für Real- oder Hauptschulen, abgesehen von der mehr als mangelhaft zu bezeichnenden Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft.

Ich erinnere mich an mangelhafte bis gar nicht stattgefundene Sprachförderung für Ausländerkinder, die in einigen Hamburger Stadtteilen zu einer fatalen Ghettosierung geführt hat. Darauf können Sie wahrlich nicht stolz sein.

Dieses "Punkteregister in Flensburg" könnte ich noch unendlich lang fortsetzen und danach hätten Sie Ihren Führerschein schon vor langer Zeit abgeben müssen. Das hat die Bevölkerung aber am 23. September vor zwei Jahren für uns nachgeholt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

D Ich möchte jetzt aber darauf eingehen, was dieser Senat entgegen Ihrem bisherigen Motto "Mit der Spaßgesellschaft in den Bildungsnotstand" aus dieser verfahrenen Situation gemacht hat.

Dieser Senat hat mit dem neuen Schulgesetz die Weichen für eine bessere Bildung in Hamburg gestellt und bekennt sich zu dem Leistungsprinzip. Um nur einige Beispiele hieraus zu nennen: Abitur nach zwölf Jahren, Ziffernoten ab Klasse 3, Verschärfung der Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, Vergabe von Abschlüssen nur noch mit Prüfungen, zentrale Prüfungselemente.

Wir haben den so wichtigen Einstieg in die vorschulische Sprachförderung vollzogen, den Sie komplett verschlafen haben. Wie sollen ausländische Kinder dem Unterricht folgen können, wenn sie die Sprache nicht verstehen?

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Das ist eines der wichtigsten Probleme in Hamburg und Sie haben hierfür keine Lösung gefunden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Thomas Böwer SPD: Aber Sie!)

Durch uns bekommen die Kinder jetzt im Alter von vier-einhalb Jahren erste Prüfungen und nachdem sie diagnostiziert werden, können sie an Fördermaßnahmen teilnehmen. Das nenne ich Chancengleichheit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dieser Senat hat teilweise 20 bis 30 Jahre alte Bildungspläne ausgemustert, hat lange überfällige Reformen für zum Beispiel die Lehrerausbildung in Angriff genommen.

A (Gesine Dräger SPD: Dann sagen Sie mal, warum Lange zurücktreten musste!)

Wir haben das Thema Sicherheit und Gewaltprävention an Hamburger Schulen aufgegriffen und uns damit auseinander gesetzt. Mittlerweile gibt es 234 Schulverbindungsbeamte. Erwähnt sei außerdem auch noch das Gewaltpräventionsprojekt "Faustlos" an 14 Hamburger Schulen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Trostlos!)

– "Faustlos", Herr Maier. Vielleicht hören Sie zu, Herr Maier.

Nur wer sich sicher fühlt, kann auch dem Unterricht konzentriert folgen. Wir verbringen auch unsere Sonntage damit, an einem gerechteren Integrationskonzept zu arbeiten, was alle – ich betone "alle" – bedürftigen Schüler Hamburgs umfasst und nicht – wie von Ihnen verursacht – einige nach dem Windhundprinzip festgestellte Schulen bevorzugt. Das war eine Ihrer größten Unrechtmäßigkeiten, die Sie hier verbrochen haben.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Zudem schaffen wir heute mit der Verabschiedung des neuen Privatschulgesetzes mehr Chancengleichheit und die Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb mit den staatlichen Schulen.

Noch ein paar Worte zum Lehrerarbeitszeitmodell. Dieses zu installieren, war innovativ und mutig und ist bezeichnend für die Arbeit des gesamten Senats.

(Michael Neumann SPD: Warum ist Herr Lange denn zurückgetreten?)

Sie haben 1999 gekniffen, es einzusetzen, weil Sie Angst vor den Protesten hatten. Wollen wir es doch einmal so benennen. Aber, geben Sie doch jetzt wenigstens ehrlich zu, dass Sie es nicht zurückschrauben würden. Sie würden es nicht rückgängig machen, davon bin ich überzeugt, denn mit einigen kleinen Nachbesserungen, die selbstverständlich auch mit eingerechnet werden, ist es doch eine viel gerechtere Arbeitsverteilung als mit Ihren einheitlichen Wochenstundenzahlen. Mit diesem Lehrerarbeitszeitmodell ist Hamburg bundesweit in einer Vorreiterrolle und wird von anderen Bundesländern darum beneidet.

(Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Goetsch?

Katrin Freund (fortfahrend): Nein, im Moment nicht.

Wir stellen fest, dass ein mutiger, zupackender Bildungsseminar fast ausnahmslos alle im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Punkte umgesetzt hat.

(Jenspeter Rosenfeldt SPD: Warum hat der Bürgermeister denn gesagt, er muss gehen?)

Es geschah nicht immer auf die geräuschloseste Weise, aber im Ergebnis richtig und konsequent.

Nur wer von Ihnen frei von Fehlern ist, möge den ersten Stein werfen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

C Herr Lange hat einen von den Koalitionären vorgeschlagenen und vom Wähler ausgesuchten Weg eingeschlagen und ich bin von dessen Richtigkeit überzeugt. Dieser Senat beendet den Bildungsnotstand, den Sie in Hamburg verursacht haben. Die politische Lage ist stabil und da Deutschland ein Land ohne Bodenschätze ist,

(Michael Neumann SPD: Auch das ist falsch!)

setzen wir uns wenigstens dafür ein, das Gold in den Köpfen unserer Kinder zu fördern. Ich wünsche Herrn Soltau hierbei viel Erfolg.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Maier.

(Michael Neumann SPD: Jetzt endlich einmal etwas Vernünftiges!)

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Freytag, Herr Frühauf, ich verstehe gut, dass in so schwierigen Situationen Fraktionsvorsitzende nach vorne treten und Kampfrufe ausstoßen müssen, um Suggestionskraft auf ihre Fraktionen auszuüben und zu sagen, wir sind auf dem richtigen Weg, der Senat ist stark,

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wollen Sie das bestreiten?)

selten war etwas so glaubwürdig wie heute. Aber merken Sie nicht, wie leer Ihre Selbstsuggestionsrufe sind?

(Dr. Andreas Mattner CDU: Das Kompliment geben wir zurück!)

Wenn uns jetzt noch die Abgeordnete Freund erzählt, so etwas Tolles wie die Bildungspolitik, weswegen Herr Lange zurückgetreten ist, hätte man in der Republik noch überhaupt nicht gesehen, dann ist das toll.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Da fängt die Selbstsuggestion an, ins ochsenfroschhaft Übergeplätzte zu kippen.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist psychologisch schon interessant.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie loben Ihre Kita-Politik und sagen, wir haben endlich mit der Nachfrageorientierung angefangen. Nun sagt schon der Grundkurs in Ökonomie: Wenn man nicht genau weiß, wie hoch die Nachfrage sein wird, wenn man aber gleichzeitig weiß, man hat nur begrenztes Geld zur Verfügung, dann darf man in solch einem unsicheren Feld nicht als erstes die Preise senken, um dann zu gucken, ob es noch klappt. Das ist so hirnverbrannt, dass ich nicht verstehne, wie ein Finanzseminar so etwas hat durchgehen lassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das wird verantwortet von den Anhängern der Marktwirtschaft, von den Liberalen, die immer sagen, was für ein tolles Steuerungsinstrument das ist. Dann greifen Sie hinein in dieses Steuerungsinstrument, machen alle Zahnräder kaputt und wundern sich nachher, wenn aus

A dem Automaten nichts mehr herauskommt, sondern stattdessen immer nachgeschmissen werden muss.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Schill-Fraktion hat uns in der letzten Woche gezeigt, was eigentlich ihre politische Substanz ist. Es ging um keine Streitfrage in der Bildungspolitik, um irgendetwas, worüber sich die Stadt gestritten hat. Es ging um Staatsräte, es ging um Posten.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Polizeipferde!)

Sie sind die Regierung der dritten Chance. Der Bürgermeister hat nach der zweiten verlorenen Wahl seine dritte Chance bekommen. Herr Mettbach hat nach der dritten Partei die dritte Chance bekommen. Gegenwärtig suchen Sie alle nach der dritten Chance und die besteht in einem neuen Pöstchen für den Rest der Zeit. Das ist zumindest alles das, was Sie öffentlich bewegt haben, nichts anderes ist von Ihnen öffentlich herübergekommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dann stellen Sie sich als Erneuerer der Stadtrepublik hin. Gedanken seien auf die Welt gekommen, die man hier noch nie gehört hätte. Das ist wahr, das ist wahr, das hatte man auch so noch nie gehört.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD – Michael Neumann SPD: Schlimm genug!)

B Wir sind froh, wenn Sie demnächst irgendwann mit diesen großartigen Schill-Gedanken wieder einen Wahlkampf führen können. Ich glaube, die Stadt wird belehrt sein nach Ihren Auftritten bisher. So, wie Sie mit Ihren Wahlergebnissen weiter wirtschaften, ist das vielleicht demnächst nicht mehr zu vermeiden.

(Dr. Michael Freytag CDU: Alle sehnen sich nach Rotgrün!)

Ich will das Schimpfwort zu Ihrer Koalition nicht wiederholen. Aber der "Tagesspiegel" hat uns kürzlich aus der Klemme geholfen. Der hat nämlich gesagt, es sei die peinlichste Koalition der Republik. Dem kann man sich doch anschließen, es ist auch nicht unanständig. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort hat der Abgeordnete Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Maier, das musste ja schief gehen. Ein Grüner denkt in marktwirtschaftlichen Dimensionen. Das kann nur schief gehen.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Sie reden über Marktwirtschaft und was da herauskam, war natürlich falsch.

Ich will das gar nicht im Einzelnen auseinander nehmen.

(Michael Neumann SPD: Schade, dass Sie nicht Platz vier haben!)

– Herr Neumann, Sie verstehen sowieso nichts davon.

Sie haben ernsthaft gesagt, es sei ein Fehler, im Kita-Bereich die Preise zu senken; Preise heißt hier Elternbei-

träge. Das ist eine Ihrer Altlasten. Sie haben mit die höchsten Elternbeiträge in ganz Deutschland hinterlassen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Ich habe etwas über die Reihenfolge gesagt!)

Es ist nicht falsch, sie zu senken, es ist richtig, sie zu senken. Nur Sie wollen das nicht wahrhaben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich kenne Herrn Soltau seit fast 20 Jahren. Ich darf Ihnen sagen, diese Stadt hat großes Glück, dass dieser Mann ab heute Senator in dieser Stadt ist. Er ist kompetent. Ich habe es nicht in einer einzigen Sitzung von den vielen hunderten, die ich mit ihm zusammen gemacht habe, erlebt, dass er über eine Sache redet, von der er nichts versteht. Er ist ein Mann, der sich immer zunächst informiert und dann sehr kompetent antwortet. Herzlichen Glückwunsche dieser Stadt, dass sie Reinhold Soltau als Senator hat.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Auch das ist Ihnen natürlich völlig unbekannt als Dauerregierungspartei, Reinhard Soltau ist ein sehr pflichtbewusster Mensch. Ich wollte es auch nicht glauben, aber es ist wahr. Kurz vor seiner Ernennung zum Senator hat er noch pflichtbewusst seinen Unterricht in der Klasse gemacht. Das ist absolut vorbildlich.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

D Dann gibt es einen wesentlichen Unterschied. Nehmen wir die Kita-Politik. Wir haben von der Opposition regelmäßig im Drei-Vier-Monatstakt Anträge bekommen, mehr Geld für die Kitas zur Verfügung zu stellen – ohne Deckungsvorschläge. Die Koalition macht es anders. Sie hat für die Kitas in diesem Jahr in einer gemeinsamen Kraftanstrengung über 30 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Das sollten Sie nicht kritisieren, da sollten Sie applaudieren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Dr. Willfried Maier GAL: Wir wissen gar nicht warum!)

Sehr erstaunt war ich über Ihre Äußerung, Frau Ernst. Sie haben ernsthaft gesagt, wir hätten ungelöste Probleme hinterlassen. Ich dachte, die Frau hat Recht, sie meint die SPD. Nein, sie meinte tatsächlich uns. Das kann doch gar nicht sein. Sie haben ungelöste Probleme hinterlassen. Sie haben unterfinanzierte Lehrerstellen hinterlassen, Sie haben einen gekürzten Kita-Etat hinterlassen und keinen erhöhten, Sie haben in einer einzigen Legislaturperiode 27 Millionen DM gekürzt. Sie haben die Gesamtschulen aus ideologischen Gründen bevorzugt. Das haben Sie uns zulasten der Gymnasien und der anderen Schulen hinterlassen – das sind Ihre ungelösten Probleme – und Sie haben eine mangelnde Sprachförderung hinterlassen. Sie haben es in Hamburg zugelassen, dass es in manchen Stadtteilen Grundschulen gibt, in denen mehr als die Hälfte der Schüler kein Deutsch können. Das sind die ungelösten Probleme, die Sie hinterlassen haben, meine Damen und Herren.

Herr Lange hat viele dieser Probleme schon gelöst. Zugegeben, nicht alle, aber eine ganze Reihe. Er hat mehr

A Probleme gelöst, als Sie in mindestens zehn Jahren hinterlassen haben. Das ist doch eine Leistung von Rudolf Lange.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Diese Koalitionen, in diesem Falle insbesondere die FDP, hat Handlungsfähigkeit bewiesen. Innerhalb von wenigen Tagen haben wir einen kompetenten Nachfolger für einen Senator gefunden, der allgemein anerkannt wird.

Schauen wir uns an, wie Ihre Bilanz ist: Sie haben sich jetzt ein halbes Jahr Zeit genommen, um einen neuen Landesvorsitzenden zu wählen. Aber das halbe Jahr ist ja noch ein guter Wert. Schauen Sie an, seit mindestens einem Jahr ist Ihr Bundeskanzler dabei, Nachfolger zu finden. Er sucht einen Nachfolger für Herrn Eichel, er sucht einen Nachfolger für Herrn Trittin und er sucht einen Nachfolger für Herrn Stolpe. Da er die alle nicht hat, lässt er sie lieber im Amt – zum Schaden dieser Republik. So machen Sie das.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die Berufung von Reinhard Soltau in dieser Stadt wird sehr, sehr viele Gewinner haben und es wird ganz wenige Verlierer geben. Ich sage Ihnen, welche das sind: seine Schüler. Sie verlieren einen tollen Lehrer. Es tut mir Leid, liebe Schüler, dies Opfer müsst ihr bringen, damit wir alle einen tollen Senator bekommen.

Lieber Reinhard Soltau, Glückauf, gute Arbeit, Sie haben unsere Unterstützung. – Vielen Dank.

B (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Böwer.

Thomas Böwer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Senator Soltau, ich verspreche Ihnen ganz persönlich die gleiche faire Behandlung wie Ihrem Vorgänger, Herrn Lange.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich freue mich auf die Auseinandersetzung mit Ihnen um die Kita-Politik. Eines kann ich Ihnen allerdings nicht gewähren, was Frau Kollegin Ernst für den Schulbereich gesagt hat, 100 Tage, denn ich habe gerade gelernt, dass Herr Lange eigentlich gar nicht hätte zurücktreten müssen, es sei alles prima gelaufen und von daher ist es wenig verständlich, dass Eltern noch 100 Tage auf eine Lösung warten müssen. Das ist einer der Punkte.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Was mich verwundert, ist, wir reden hier ...

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP:* Lassen Sie sich nur Zeit! Nicht so schnell!!)

– Herr Müller-Sönksen, machen Sie einfach Ihren Laptop zu, halten Sie den Mund und hören Sie zu. Die Art und Weise, wie pubertär Sie hier im Parlament rumlaufen, geht mir langsam auf den Keks.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie hätten in den letzten 26 Monaten Ihrer Mitregierungszeit für eine richtige Bildungspolitik sorgen können, aber

statt dessen daddeln Sie hier rum, vielleicht chatten Sie auch noch, ich weiß es nicht. C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Sie Ihren Job ernst genommen hätten, Herr Müller-Sönksen, wieso nennen Sie das Reformpolitik, wenn wir nach bestimmten Daten fragen und die Antwort lautet: Da sei eine Controllinggruppe dran und die sei erst Ende Januar mit irgendwelchen Zahlen dabei. So gut ist Ihre Reformpolitik. Hauen Sie das einfach rein in Ihren Laptop und schicken es an Ihre Mitglieder von der FDP.

(Beifall bei SPD)

Der andere Punkt, der mich in der politischen Auseinandersetzung wundert, ist, dass es angeblich um einen der zentralen Bereiche des Senates geht, nämlich um die Familien- und Bildungspolitik, und Ole von Beust schweigt.

(*Michael Neumann SPD:* Der ist gar nicht mehr da!)

Er sagt überhaupt nichts dazu. Der ist gar nicht mehr da. Wenn man in das Archiv schaut, hat Ole von Beust mehr zu Mietverträgen und Unter Vermietungsverhältnissen gesagt als zum Bereich der Kindertagespolitik. Das, meine Damen und Herren, ist ein Punkt, den man auch in dieser Stadt merkt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn man dann, Herr Soltau, gerade frisch ins Amt gekommen ist und sagt, die SPD sei nicht regierungsfähig, dann rate ich Ihnen, Ihren Blick einfach nach rechts zu wenden. Lassen Sie sich die Geschichte von einem Schrank im Bezirksamt Wandsbek erzählen, wo schwuppliwupp im Bereich Hilfen zur Erziehung aus einem Überschuss von 1,8 Millionen Euro ein Minderbedarf von 3 Millionen Euro wird, weil dieser Senat so regierungsfähig ist, dass er einen ganzen Aktenordner aus dem Bereich Hilfen zur Erziehung vergisst und übersieht. Soviel zur Regierungsfähigkeit. So geschehen in der letzten Sitzung des Jugend- und Sportausschusses und berichtet vom Staatsrat Meister.

Was ist die Regierungsfähigkeit, Herr Soltau? Sie haben sich selber vor etwa sechs Wochen zur Frage der Unterfinanzierung geäußert. Das läuft parallel zu einer rechtzeitigen Information Ihres Amtsvorgängers. Was ist das für eine Reformpolitik, die Ihre Partei auch verantwortet und von der ich gehört habe, dass es gar keinen Anlass zum Rücktritt gibt, wenn 40 Millionen Euro aufgewandt werden, um 2 000 Kitaplätze weniger zu schaffen?

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP:* Milchmädchenrechnung!)

Das müssen Sie mir erklären. Bisher ist das ein Skandal. Mit liberal hat das nichts zu tun. Hauen Sie das in Ihren Laptop rein, damit Sie es sich abspeichern können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist einer der Bereiche. Wir sind uns sicher, dass Sie mit den 18,7 Millionen Euro nicht auskommen, aber eines ist klar: Draußen warten tausende von Eltern auf einen Kindergartenplatz und die haben keine Zeit, 100 Tage darauf zu warten, bis Sie die Staatratsfrage geklärt haben, ob Senatorenautos Blaulicht oder kein Blaulicht haben sollten. Sie sollten handeln oder zurücktreten. – Danke.

A (Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Weitere Wortmeldungen kann ich nicht sehen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Der Senat hat nichts zu sagen dazu! – *Michael Neumann SPD*: Der Senat ist sprachlos!)

Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2, 3 und 3 a auf, die Drucksachen 17/3525, 17/3551 und 17/3687: Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihrer Vertreterinnen und Vertreter, Wahl von Mitgliedern für den Vorstand der Hamburgischen Anstalt für neue Medien und Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihrer Vertreterinnen und Vertreter
– Drucksache 17/3525 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von Mitgliedern für den Vorstand der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM)
– Drucksache 17/3551 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres – Drucksache 17/3687 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass alle drei Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden sollen. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Auf dem Stimmzettel für den Richterwahlausschuss dürfen Sie insgesamt 20 Kreuze machen. Kreuzen Sie aber bitte bei jedem Namen nur ein Kästchen an. Mehrere Kreuze bei einzelnen Namen beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

Die Wahl von Mitgliedern für den Vorstand der Hamburgischen Anstalt für neue Medien wird gemäß Paragraph 38 Absatz 4 des Hamburgischen Mediengesetzes im Wege der Blockwahl durchgeführt. Sie dürfen auf dem Stimmzettel nur ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

Den Stimmzettel für die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres bitte ich ebenfalls nur mit einem Kreuz zu versehen. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidungen vor. Mit dem Einsammeln werden wir etwas warten.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlungen. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt. Ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt, gegebenenfalls aber auch zu Protokoll geben.*

Meine verehrten Damen und Herren! Bitte nehmen Sie wieder die Plätze ein. Wir wollen mit der Sitzung fortfahren.

C

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 36 und 20 a auf, die Drucksachen 17/3632 und 17/3691: Bericht des Gesundheitsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse des Landesbetriebs Krankenhäuser und Dringlicher Senatsantrag: Teilprivatisierung des LBK Hamburg.

[Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksache 17/3541:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse des Landesbetriebs Krankenhäuser Hamburg (LBK Hamburg) – Anstalt öffentlichen Rechts – (Senatsantrag) – Drucksache 17/3632 –]

[Dringlicher Senatsantrag:
Teilprivatisierung des LBK Hamburg
– Drucksache 17/3691 –]

Wer wünscht das Wort? – Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert. Sie haben gerade den Teufel an die Wand gemalt bezüglich des LBK und jetzt ist die Hälfte Ihrer Fraktion nicht da.

(*Walter Zickerer und Petra Brinkmann, beide SPD*: Aber bei Ihnen!)

Sie wollen gar nicht über die Sache diskutieren.

D

Meine Damen und Herren! Die neue Regierung hat von Rotgrün viele Altlasten übernommen. Eine der schlimmsten Altlasten ist die Lage des Landesbetriebes Krankenhäuser. Der LBK hat, genau genommen, nicht nur ein Problem, sondern acht Probleme.

Erstens: Am meisten bekannt sind die so genannten Pensionslasten. 1995 haben Sie den LBK in die Scheinselbstständigkeit entlassen, ohne für diese Altlasten Rückstellungen zu bilden. Das war natürlich politisch bequem, aber heute hat diese Belastung einen Wert von 400 Millionen Euro.

Zweitens: Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen wurde dem LBK ein Kredit der Landeshauptkasse gewährt. Diese Liquiditätsengpässe haben mittlerweile eine Höhe von 500 Millionen Euro erreicht. Es liegt auf der Hand, dass es sich bei solchen Summen nicht um Liquiditätsengpässe handelt. Es ging einfach darum, einen defizitären Geschäftsbetrieb auf Kosten des Steuerzahlers zu finanzieren. Diese Subventionierung des Geschäftsbetriebes hat sich insbesondere in den letzten Jahren erheblich beschleunigt.

Ende 2001 betragen die Verbindlichkeiten 349 Millionen Euro. Ich wiederhole es gerne, weil es hier um Riesenbeträge geht, die Sie uns hinterlassen haben.

(*Werner Dobritz SPD*: Und nächstes Jahr?)

Ende 2002 waren es 420 Millionen Euro und Ende dieses Jahres werden es mindestens 500 Millionen Euro sein.

Drittens: Der LBK hat einen Investitionsrückstand von circa 300 Millionen Euro.

*Ergebnisse siehe Seiten 3032, 3034, 3035

A Viertens: Die als große Leistung verkauften Servicebetriebe arbeiten unwirtschaftlich. Hierzu heißt es vielsagend im "Amtlichen Anzeiger" – das können Sie nachlesen – vom 27. November 2002:

"Die Tochtergesellschaften TexiG und CleaniG bewegen sich erfolgreich auf dem Weg hin zur Wettbewerbsfähigkeit."

Na, viel Freude auf diesem Weg, meine Damen und Herren, da sind Sie noch lange nicht angekommen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Fünftens: Man kommt nicht darum herum, dass der LBK ein operatives Minus ausweist.

Sechstens: Das liegt keineswegs an wenig engagierten Mitarbeitern. Im Gegenteil. Viele von ihnen klagen glaubwürdig über eine enorme Arbeitsbelastung. Dies kommt aber oft nicht den Patienten zugute, sondern einer ausufernden Bürokratie.

Siebents: Der LBK hat eine marktbeherrschende Stellung. Dies ist schon für sich genommen für einen guten Wettbewerb schlecht. Schlimm wird es dadurch, dass der LBK von der SPD-regierten Stadt Hamburg finanziell stark bevorzugt wurde.

Da sind zunächst die von der Stadt gewährten Krankenhausinvestitionshilfen. Am 30. Juni 2002 hatten bei allen freigemeinnützigen Krankenhäusern zusammen die geförderten Maßnahmen einen Gesamtwert von circa – nun endlich mal eine kleine Zahl – 40 Millionen Euro. Bei etwa gleicher Bettenzahl betrug zum gleichen Zeitpunkt die entsprechende Summe beim LBK alleine – wieder eine große Zahl – 137 Millionen Euro. Allein das ist auch wieder eine gewaltige Ungleichbehandlung. Wenn Sie es nicht glauben wollen, diese Zahlen sind nachzulesen in der Drucksache 17/1408.

Weiter erhielt der LBK von der Stadt Hamburg Zuwendungen in Form von erlassenen Darlehen und Vorfinanzierungen aus Grundstücksverkäufen in Höhe von zusätzlich 111 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, wir dürfen uns alle munter über die hohen Zahlen freuen. Auch das können Sie in der Drucksache 17/3541 nachlesen. Das war das siebte Problem.

(Dr. Verena Lappe SPD: Und wie lösen Sie die Probleme?)

Jetzt kommt das achte Problem.

(Michael Neumann SPD: Das sind Sie!)

Die Gewerkschaften spielen eine verhängnisvolle Rolle, Herr Neumann, Sie nicht. Sie gehören nicht dazu, aber die Gewerkschaften spielen eine verhängnisvolle Rolle.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Hier ist insbesondere, meine Damen und Herren, auf Ver.di-Chef Wolfgang Rose zu verweisen. Dieser Herr gehört dem Aufsichtsrat des LBK an, ist also für das Desaster mitverantwortlich. Nun aber versucht er, mit einer Kampagne die einzige Zukunftshoffnung des LBK zu verhindern. Meine Damen und Herren, das ist skandalös.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

C Er verletzt damit seine Fürsorgepflicht als Aufsichtsratsmitglied. Ich fordere Herrn Rose noch einmal auf, von seinem Amt als Mitglied des Aufsichtsrates des LBK zurückzutreten.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Aus einem solchen Gestüpp von Altlasten, meine Damen und Herren, kann der LBK ohne fremde Hilfe nicht heraus. Die Privatisierung ist schon zum Erhalt des LBK und zum Erhalt der Arbeitsplätze notwendig. Daneben steht die Erkenntnis, dass der Staat keine Krankenhäuser betreiben muss. Das können Private besser. Der Staat muss nur für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen.

Nun gibt es keine Privatisierung um jeden Preis. Verschiedentlich wurde der erzielte Kaufpreis als zu niedrig bezeichnet.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ist er auch!)

Über diese Frage kann man lange diskutieren, Frau Kollegin Hilgers. Meist werden dann mehr oder weniger aufwendige Rechenmodelle bemüht. Am Ende, meine Damen und Herren, gibt es für mich nur eine Methode, den richtigen Preis herauszufinden.

(Jenspeter Rosenfeldt SPD: Sollte man vorher tun!)

Sie kennen das System nicht, ich sage es Ihnen: Es geht um Angebot und Nachfrage. Aus Angebot und Nachfrage findet man den richtigen Verkaufspreis und genau das hat der Senat gemacht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive) D

Er hat zahlreiche Angebote eingeholt und von sich aus viele potenzielle Interessenten angesprochen. Das Ergebnis sind die Konditionen, die jetzt zur Debatte stehen, kurz gesagt: Es gab kein besseres Angebot. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn man an den bestehenden Zustand des LBK und die Situation des Gesundheitswesens insgesamt denkt.

(Erhard Pumm SPD: Das steht in der Drucksache ganz anders drin!)

Wenn nun die SPD meint, den Kaufpreis kritisieren zu müssen, sollte sie sich mal an die eigene Nase fassen. Sie hätte nämlich den LBK nicht in diese Lage bringen müssen. Wenigstens hätte sie bereits zu ihrer Regierungszeit den LBK privatisieren sollen. Nach allem, was Sie wissen, wären vor wenigen Jahren einige hundert Millionen Euro mehr zu erzielen gewesen. Das nicht zu tun, hat die städtische Kasse um mehrere hundert Millionen Euro geschädigt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Petra Brinkmann SPD: Sie kriegen doch gar nichts dafür!)

Mit der nun eingeleiteten Privatisierung des LBK hatte der LBK wieder eine Perspektive. Ein fähiges Management wird die Leitung der Mitarbeiter gut organisieren und außerdem kommt noch neues Geld in den Betrieb.

(Petra Brinkmann SPD: Wo kommt das denn her?)

150 Millionen Euro Investitionen und 74 Millionen Euro Sacheinlage.

A *(Jenspeter Rosenfeldt SPD: Haben Sie die Drucksache auch nicht gehabt?)*

Auf Drängen der FDP wird die marktbeherrschende Stellung des LBK abgebaut. Die Mitbewerber erhalten eine bessere Chance. Es gibt in Hamburg erstmals einen fairen Wettbewerb unter den Krankenhäusern. Das führt zu guten Leistungen für die Patienten.

Meine Damen und Herren! Was wird das Ergebnis sein? Wir werden eine Krankenhausgruppe schaffen, in der Menschen gerne behandelt werden.

(Petra Brinkmann SPD: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Wir werden eine Krankenhausgruppe schaffen, in der Menschen gerne arbeiten und wir werden eine Krankenhausgruppe schaffen, auf die die Menschen in Hamburg stolz sind. SPD, GAL und Ver.di werden uns nicht daran hindern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD: Herr Präsident! Herr Schinnenburg, ich glaube nicht, dass Sie immer das glauben, was Sie hier erzählen und Weihnachtsmärchen haben wir hier auch schon gehört.

(Beifall bei der SPD und bei Jens Kerstan GAL)

B Meine sehr verehrten Damen und Herren! Generationen von verantwortungsvollen Politikern haben für eine Krankenhausversorgung in Hamburg gesorgt, in der sich jeder, unabhängig vom Geldbeutel, gut aufgehoben fühlte. Sie entledigen sich dieser Krankenhausversorgung in einer Nacht-und-Nebel-Aktion.

(Dietrich Wersich CDU: Unsinn!)

Sie zeigen keine Verantwortung für die nachfolgenden Generationen. Wir werden auf die zukünftige Krankenhausversorgung keinen Einfluss mehr haben.

(Dietrich Wersich CDU: Stimmt nicht!)

– Herr Wersich, Sie können uns das nachher darstellen, wie wir noch einen weiteren ...

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Krankenhaus-Bedarfsplan!)

– Herr Müller-Sönksen, Sie haben überhaupt keine Ahnung vom Thema und reden hier immer nur dummes Zeug.

(Beifall bei der SPD)

Warum machen Sie dies in der Nacht-und-Nebel-Aktion? Es gibt in Wahrheit eigentlich gar keinen Grund, dieses so schnell zu machen, es sei denn, Sie befassen sich einmal mit der Verkaufsdrucksache.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ging ja auch gar nicht!)

Das haben Sie alle nicht getan,

(Petra Brinkmann SPD: Bis auf Herrn Wersich! Der hat sie vorher gehabt!)

C denn sonst würden Sie alle hier nicht sitzen und dieses abstimmen. Wir haben die Drucksache auch erst seit einigen Tagen. Ich glaube, der einzige Grund, warum man das im Eiltempo macht, ist, weil, wenn man sich mit dieser Verkaufsdrucksache befassen würde, dann jedem klar sein würde, dass wir dieses so nicht tun können.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Elke Thomas CDU: Müssen!)

Vor allen Dingen nicht ohne bürgerschaftliche Befassung. Es sind so viele Fragen offen. Herr Wersich, es ist geradezu zynisch, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, parlamentarische Meinungsbildung würde stattfinden. Mehr findet aber auch nicht statt. Wir haben zu keinem Zeitpunkt die Möglichkeit gehabt, Fragen zu diesem Punkt zu stellen. Sie wollen wahrscheinlich gar keine Fragen stellen. Wir werden Ihnen noch darstellen, warum.

(Dietrich Wersich CDU: Sie sind doch rausgegangen, als ich eine inhaltliche Frage gestellt habe!)

Dieses Papier haben wir gar nicht vorliegen gehabt, Herr Wersich. Zu keinem einzigen Zeitpunkt haben wir eine Chance gehabt, darüber Fragen zu stellen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Willfried Maier GAL: So etwas hat es in dieser Bürgerschaft noch nicht gegeben!)

Also, warum diese Eile? Wahrscheinlich, weil Sie Angst vor den Hamburgerinnen und Hamburger haben, die im Juni dagegen gestimmt hätten.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Zuruf: Werden!)

– Werden, richtig. Dieses ist also in Wahrheit Verrat an den Interessen der Hamburgerinnen und Hamburger.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nun gucken wir uns die Drucksache einmal genauer an. Die Drucksache besagt, dass alle Risiken bei der Stadt liegen und alle Vorteile bei Asklepios. Das nenne ich gutes Geschäft – für Asklepios. Erst einmal ein Jahr ohne Gegenleistung Gewinne einstecken. 75 Prozent kann man erst einmal einsacken. Herr Kerstan hatte, glaube ich, in einer Pressekonferenz dargestellt, dass das 20 Millionen Euro kostet. Nee, nee, null Millionen Euro, denn die 20 Millionen Euro sacken die im ersten Jahr ein. Von daher nichts. Europaweite Expansion, Monopolbildung: Herr Schinnenburg, Sie haben gesagt: Das werden wir jetzt alles auflösen. Nichts da, überhaupt nichts. Es wird ein riesengroßes, europaweites Monopol und Sie haben es geschaffen.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Verena Lappe GAL)

Noch ein Wort zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den letzten acht Jahren ihr Kreuz krumm gemacht für diesen Betrieb und haben diesen Betrieb gut aufgestellt. Das, was Sie jetzt mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern machen – einen Haustarifvertrag einführen, die Rechte nicht absichern –, ist: Sie haben sie verraten und verkauft.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Michael Fuchs CDU: Na, na, na!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hätten noch viel länger darüber reden können. Ich gehe davon

A aus, dass Sie diesen Vertrag durchwinken werden, ohne sich selber mit ihm befasst zu haben. Dieses Handeln ist ein Handeln gegen Hamburg und gegen Ihre patriotische Pflicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Hilgers hat es vorhin behauptet, Sie haben es auch behauptet, Herr Petersen, deshalb will ich das noch einmal klarstellen. Wir haben Ihnen gemeinsam angeboten, in einem Verfahren, über das es bereits einen abgestimmten Zeitplan mit den Geschäftsführern Ende Oktober gab, über die Beratung dieser Drucksachen zu sprechen. Sie haben es schlichtweg abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Stimmt nicht!)

Sie haben dafür gesorgt, dass die Behandlung im Gesundheitsausschuss abgesetzt worden ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Petra Brinkmann SPD: Sie lügen!*)

Deshalb ist der Vorwurf an uns, wir würden die parlamentarische Befassung in irgendeiner Art und Weise nicht wollen, nicht richtig.

(Glocke)

B **Vizepräsident Peter Paul Müller** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dietrich Wersich (fortfahrend): Nein. Ich möchte es zu Ende ausführen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Weil das eine Lüge ist!*)

Der Höhepunkt – wir waren alle dabei – war dann tatsächlich, als wir am letzten Donnerstag eine Sitzung des Gesundheitsausschusses hatten und wir angeboten haben, auch über dieses Thema in Selbstbefassung zu reden im Vorfeld. Auch hier kam von Ihrer Seite die Ablehnung, sich mit dieser Drucksache in Selbstfassung zu befassen.

(*Werner Dobritz SPD: Aber sie lag doch nicht vor!* – *Dr. Willfried Maier GAL: Sie lügen!*)

Ich weiß gar nicht, warum Sie so aufgeregt sind.

(*Petra Brinkmann SPD: Sie lügen!* – *Michael Neumann SPD: Weil Sie Schauermärchen erzählen!*)

Ich habe Ihnen auch zugehört.

(Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, wieder zu einer vernünftigen Redeweise zurückzukehren. Das Wort "Lüge" ist nicht parlamentarisch.

(Zuruf: Das ist eine Tatsache! – Glocke)

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dietrich Wersich (fortfahrend): Nein. Ich weiß ehrlich gesagt nicht, warum Sie sich so aufregen. Ich bin auch nicht sicher, dass Sie damit die Inhalte Ihrer Forderungen untermauern. Ich finde das peinlich von Ihrer Seite aus.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wir haben diese Selbstbefassung angeregt. Zur Krönung sind Sie, als am Donnerstag die erste Frage zu den Verkündigungen des Senats vom Dienstag kam und der Senat die erste inhaltliche Frage beantwortet hatte, aus dem Gesundheitsausschuss rausgegangen.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Sie haben sich dieser Debatte entzogen und haben versucht, alle Geschäftsordnungsmöglichkeiten auszureißen, um das Verfahren zu verlängern. Wir sagen, diese Entscheidung ist für die Stadt und die Mitarbeiter wichtig. Deshalb wollen wir sie zum 1. Januar und machen Ihre Spielchen nicht mit.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Michael Neumann SPD: Warum unterschreiben 120 000 Menschen dagegen?*)

Meine Damen und Herren! Seit 1995 – das ist hier gesagt worden – ist der LBK nach seiner Verselbstständigung in einem Sanierungskurs. 1995 und 1996 gab es noch Überschüsse. Dann gab es den Abbau von 25 Prozent des Personals und 25 Prozent der Betten. Trotzdem hat der LBK heute 500 Millionen Euro Schulden. Sieben Jahre haben Sie diesem Prozess in Ihrer Verantwortung in der Regierung zugeguckt und haben nichts unternommen, haben dieses Problem ausgesessen zum Leidwesen der Stadt und seiner Mitarbeiter.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Als das Ergebnis 2001 von Herrn Lohmann vorgelegt wurde, hat er gesagt: Wir haben die Talsohle erreicht, es wird aufwärts gehen. Das Gegenteil ist eingetreten. 2002 ein neuer Rekord: 70 Millionen Euro zusätzlicher Verschuldung und dieses Jahr steuern wir auf 80 bis 100 Millionen neue Verschuldung zu.

(*Werner Dobritz SPD: Im nächsten Jahr sind es noch mal 60!*)

Das ist doch ganz deutlich, meine Damen und Herren. Hier haben wir es nicht nur mit einem Verschuldungsproblem zu tun ...

(Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Herr Abgeordneter Dobritz, ich belege Sie mit einem Ordnungsruf.

(*Werner Dobritz SPD: Warum denn? – Dr. Verena Lappe GAL: Er hat nichts gesagt!*)

Dietrich Wersich (fortfahrend): Ich führe den Satz zu Ende. Meine Damen und Herren! In diesem Unternehmen liegt ganz offenbar nicht nur ein Verschuldungsproblem, sondern auch ein Managementproblem vor. Und – das sage ich auch noch einmal ganz deutlich – die Leidtragenden dieser Entwicklung sind die Mitarbeiter, die mit hohem Engagement an Patienten ihren Dienst tun. Die greifen wir nicht an, denen wollen wir die Zukunft sichern.

C

D

A Die Realität ist nämlich, dass jedes Unternehmen, das nicht am Tropf und in diesem Fall wirklich besser an der Pipeline der Staatskasse hängt, längst pleite wäre. Das heißt, die Arbeitsplätze der Mitarbeiter sind akut bedroht. Die Krankenhausversorgung der Hamburger ist in Gefahr. Die SPD leugnet bis heute ihre Verantwortung an dieser Entwicklung. Mit einer Chuppe ohnegleichen bekennen Sie sich nicht dazu, geschweige denn, bedauern Sie Ihre Versäumnisse. Sie haben beim LBK politisch über Jahre versagt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Koalition dagegen hat vom ersten Tag an gehandelt. Wir entwickeln eine neue Struktur für den LBK und wir haben einen Investor mit Know-how gesucht.

(Werner Dobritz SPD: Ohne Geld!)

Wir arbeiten gegen den schlechenden Niedergang. Wir wollen eine echte Zukunftsperspektive für die Mitarbeiter, die Patienten und den Gesundheitsstandort Hamburg und, meine Damen und Herren, wir warten eben nicht wie andere große Parteien, bis ein Unternehmen den Bach runtergeht, um sich dann als Retter à la Neue Heimat, Vulkan oder Holzmann aufzuspielen. Wir handeln vorher.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir handeln schneller und genau dazu haben Sie als SPD nie die Kraft gehabt. Deshalb ist Ihr Verhalten heute dem Senat und auch dem Investor gegenüber, der dieses Unternehmen rettet, feige.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Werner Dobritz SPD: Geschenkt bekommt!)

Bis jetzt warten wir vergeblich auf Ihr Szenario, auf Ihre Handlung, auf Ihre Vorschläge. Mit welchen Ergebnissen haben Sie denn gehandelt, als Sie noch in der Regierungsverantwortung waren?

Lassen Sie mich kurz auf die Befürchtungen in der Anhörung und die Tatsachen eingehen. In der Anhörung wurde behauptet, der LBK würde verschleudert. Tatsächlich ist es so, dass mit dem Preis von 334 Millionen Euro ein Preis erzielt wird, der weit über dem Preis liegt, mit dem jedes andere deutsche Gesundheitsunternehmen in diesem Jahr verkauft worden ist.

(Werner Dobritz SPD: Sie haben die Drucksache noch nicht mal begriffen!)

Es wurde befürchtet, dass der Investor nicht investieren wolle, da alles Geld für den Kaufpreis draufgehe. Tatsache ist, dass der Investor in den nächsten fünf Jahren zusätzlich 150 Millionen Euro investiert.

Es wurde befürchtet, dass Asklepios keinen Aufsichtsrat will. Es ist beschlossen und vereinbart, dass es einen paritätisch besetzten Aufsichtsrat geben wird.

Es wurde behauptet, es würden keine Tarife mehr gelten und die Besitzstände gingen verloren. Fakt ist, dass der Besitzstand aller Beschäftigten erhalten bleibt. Alle Mitarbeiter behalten ihre tarifvertragliche Vereinbarung, zunächst auch beim Austritt aus der Arbeitgebervereinigung. Es wird in Verhandlung mit den Mitarbeitern ein Haustarifvertrag angestrebt, der auch eine Menge Ver-

besserungen, Leistungsbezug, Verbesserung von Arbeitsbedingungen bringen wird und bringen kann. C

Meine Damen und Herren! Es wurde weiter befürchtet, dass Ausbildungseinrichtungen und Ausbildungsplätze abgebaut werden.

In der Drucksache steht deutlich, dass die bestehenden Ausbildungsplätze erhalten bleiben würden. Und es wurde befürchtet, dass Betriebskindergärten und Sozialeinrichtungen geschlossen würden. Auch diese werden weitergeführt.

Meine Damen und Herren, hören Sie auf mit Ihrer Angstkampagne! Geben Sie den Mitarbeitern eine Chance auf die Zukunft im LBK, in einem Unternehmen mit einem neuen Investor. Es ist ein gutes Ergebnis für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es ist ein gutes Ergebnis für die Patienten und es ist ein gutes Ergebnis für die Stadt und deshalb werden wir diesem auch zustimmen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Barth-Völkel.

(Vizepräsident Farid Müller übernimmt den Vorsitz.)

Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe sehr, dass dies die letzte Debatte ist, die wir zum Thema "LBK-Verkauf" führen müssen. Allerdings muss ich zugeben, dass ich das selbst nicht richtig glaube. D

Ich werde jetzt nicht wie meine Voredner wiederholen, warum der Verkauf dringend geboten sei. Ich werde nicht vorrechnen, wie viele Schulden der LBK angehäuft hat und jeden Monat weiter anhäuft. Ich werde auch nicht auf die vollkommen haltlosen Anwürfe der SPD eingehen, der Preis sei zu niedrig,

(Erhard Pumm SPD: Das steht in der Drucksache!)

und die Stadt würde auf die Einnahmen aus den Grundstücken verzichten. Sie, meine Damen und Herren von der SPD, und auch wir wissen, dass das alles einfach nicht stimmt und dass Sie sich die Zahlen so zurecht drehen, wie es Ihnen gerade einmal passt.

Ich möchte auf einen ganz anderen Aspekt eingehen. Was wir hier im Parlament und auch außerhalb erleben müssen, seitdem das erste Mal die Möglichkeit eines Verkaufs auch nur von Anteilen am Landesbetrieb Krankenhäuser vonseiten des Senats erwähnt wurde, hat die Grenzen einer sachlichen Diskussion längst überschritten. SPD und Ver.di führen die Bürger Hamburgs an der Nase herum. Sie arbeiten mit Halbwahrheiten und erfundenen Horrorgeschichten und sie tun das aus absolut durchsichtigen Motiven. Seit Monaten gestern immer wieder die unterschiedlichsten Parolen durch die Belegschaft des LBK, gestreut von den Ver.di-Funktionären. Vom angeblichen Abbau aller Besitzstände ist die Rede, von Schließung der Betriebskindergärten, Massenentlassungen und, und, und. Was haben sie sich bei Ver.di nicht alles einfallen lassen, um den Menschen Angst zu machen, und die SPD hilft dabei kräftig mit.

(Erhard Pumm SPD: Hast du schon mal die Drucksache gelesen?)

A In der Anhörung, die auf Antrag der Koalitionsfraktionen vor einer Woche stattgefunden hat, ist das mehr als deutlich geworden. In Wahrheit ist es so, dass nicht nur die Öffentlichkeit von der Ver.di-Spitze an der Nase herumgeführt wird, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBK von Herrn Rose und seinem Führungspersonal in den Gewerkschaften über die wahren Hintergründe des Protestes gegen den LBK-Verkauf im Unklaren gelassen werden.

(*Erhard Pumm SPD*: Die Beschäftigten werden im Unklaren gelassen, da ist der Punkt!)

Vielleicht sollte ich dazu einmal ein paar Sachen richtig stellen. Thema "Arbeitsplatzabbau": Es wird keine Entlassungen geben, weder in Masse noch einzelne. Alle Arbeitnehmer des LBK haben bis 2005 eine Garantie auf ihre Arbeitsplätze.

(*Petra Brinkmann SPD*: Und dann?)

Wenn die Zahlen stimmen, gilt diese Garantie auch bis 2008 und weiter. Im Gegenteil, Thema "Arbeitsbedingungen": Nach Aussagen der Mitarbeiter von Kliniken, die von Asklepios übernommen worden sind, herrscht dort ein gutes, offenes Klima.

(*Petra Brinkmann SPD*: Und was haben die in der Anhörung gesagt?)

Lesen Sie das doch einmal in den einschlägigen Presseartikeln nach. Der Gewerkschaft Ver.di geht es nämlich gar nicht um die Interessen der Arbeitnehmer oder etwa der Hamburgerinnen und Hamburger. Es geht der Gewerkschaft doch nur um die Gewerkschaft. Ver.di muss ihre Existenzberechtigung nachweisen. Die Mitglieder laufen in Scharen weg, weil Ver.di, wie alle Gewerkschaften in diesem Land, die Zeichen der Zeit längst verschlafen hat. Jetzt haben Herr Rose und Konsorten endlich einen Zug gefunden, auf den sie aufspringen können, um die Mitglieder zu halten: Herr Rose erfindet eine Bedrohung und instrumentalisiert die Angst der Menschen. Und Sie, Herr Dr. Petersen, sind ihm dabei auch noch behilflich.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Gerne!)

Ich möchte noch auf einen anderen Aspekt eingehen, den Herr Rose und seine Mitarbeiter bisher nie erwähnt haben, der aber für das Verstehen der Motivlage der Ver.di-Spitze nicht unwichtig ist: Über Jahre, eher Jahrzehnte, hat eine Gruppe aus der SPD Hamburg-Nord den Gesundheitssektor der Freien und Hansestadt Hamburg zur parteiinternen Machtsicherung genutzt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dieser Gruppe gehören nicht nur der ehemalige Senator Jan Ehlers, Ortwin Runde und Helgrit Fischer-Menzel an, sondern auch an prominenter Stelle Wolfgang Rose, seine Frau Gerda Rose-Gudusch, Heinz Lohmann und dessen Frau Ulla Lohmann.

(Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen dazu auch ein paar personelle Erquickungen erklären, dann erhellt sich bei Ihnen auch einiges: Der SPD-Ortsverein, dem der ehemalige Gesundheits- und Sozialsenator Herr Ehlers angehört, ist auch der SPD-Ortsverein von Wolfgang Rose, dessen Frau Gerda Rose-Gudusch dort lange Vorsitzende gewesen ist. Im gleichen Ortsverein, nämlich Barmbek-Uhlenhorst-

Hohenfelde, ist auch Heinz Lohmann Mitglied und seine Frau Ulla Lohmann, die lange Bürgerschaftsabgeordnete der SPD für diesen Ortsverein war. Alle Akteure des heutigen Schauspiels – und so muss man das auch bezeichnen – kennen sich lange Jahre. Vergleichen Sie doch einmal die Namen der Funktionäre im SPD-Kreisverband Nord heute und in den letzten zehn Jahren mit denen der Ver.di oder ehemaligen ÖTV-Funktionäre im LBK.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Glocke)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Herr Barth-Völkel, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie langsam wieder zur eigentlichen Drucksache zurückkämen.

(Beifall bei der SPD)

Wolfgang Barth-Völkel (fortfahrend): Dass hier alte Bekanntschaften genutzt worden sind, ist doch ein sehr nahe liegender Schluss.

Ich komme auch zum Schluss: Das ist jetzt endgültig vorbei.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU*: Schade!)

Das ist auch der Grund für die von Herrn Rose gesteuerten Proteste. Hier wird eine ganze Belegschaft vor den parteipolitischen Karren einiger weniger Leute gespannt und eine ganze Stadt wird hier belogen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf des Verkaufs des Landesbetriebes Krankenhäuser ist ein Paradebeispiel, was der Rechtssenat unter einer erfolgreichen Privatisierung versteht: Der Investor bekommt alle Vorteile und alle Schulden, alle Pensionslasten, alle Risiken verbleiben bei der Stadt und die Bürger, die sich Sorgen machen, ob ihre Gesundheitsversorgung auch in Zukunft gesichert sei, bekommen keine Antwort und stehen mit ihren Sorgen und Anliegen im Regen.

(*Volker Okun CDU*: Sie haben nichts verstanden!)

Meine Damen und Herren, das ist ein finanzpolitischer Offenbarungseid, was Sie uns hier präsentieren, und ein politisches Armutszeugnis,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

denn es geht hier nicht alleine darum, einen Investor zu finden, einen möglichst guten Preis zu erzielen. Es geht hier darum, ob in dieser Stadt in Zukunft ein eheres Prinzip unseres Gemeinwesens noch gesichert ist, dass jeder Bürger, unabhängig von seinem Einkommen, eine ärztliche und krankenhäusliche Versorgung auf höchstem Niveau bekommt oder nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dazu, meine Damen und Herren, haben wir in dieser Debatte eben von Ihnen überhaupt kein Wort gehört. Darüber reden Sie gar nicht. Sie reden nur über Investoren, Investitionsmittel und ähnliche Dinge. Meine Damen und Herren, so einfach können Sie es sich nicht machen,

C

D

A denn der LBK ist ein marktbeherrschendes Unternehmen. Er hat mehr als 50 Prozent der Betten in dieser Stadt. Wenn man dieses Unternehmen verkauft, verliert die Stadt jeglichen Einfluss auf die Gesundheitsversorgung. Es ist nicht die Frage, ob Private Krankenhäuser betreiben können. Das ist unbestritten. Es gibt sehr viele gute Beispiele, an denen man das sehen kann.

Es gibt aber praktisch nirgendwo ein Unternehmen, das eine solch starke Stellung in einer Stadt hat. Die Frage ist – ob ein marktbeherrschendes Unternehmen im öffentlichen oder privaten Besitz ist –, inwieweit der Staat seine Aufgabe wahrt, Einfluss auf die öffentliche Gesundheitsversorgung zu nehmen und darum geht es hier. Darauf haben Sie keine einzige Antwort.

(*Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Weiterhin Schulden!*)

Und wenn man jetzt fragt, was für diesen Senat der Grund sei, diesen Einfluss aus den Händen zu geben, was dem Senat die Gesundheitsversorgung in dieser Stadt wert sei, dann gibt es eine ganz einfache Antwort: 20 Millionen Euro. Das ist es, meine Damen und Herren.

Herr Wersich, ich kann ja gut verstehen, dass Sie dieses Papier nicht vorher vorlegen wollten, damit man es lesen könne, dass Sie dieses Papier nicht in den Diskussionsprozess einspeisen könnten, sondern hier darüber entscheiden lassen, ohne dass man es richtig betrachten konnte. Denn, wenn man sich das einmal finanzpolitisch anguckt, ist das wirklich eine reine Katastrophe.

Herr Schinnenburg, Sie haben ja richtig geschildert, wie viele Schulden aufgelaufen sind. Das ist überhaupt nicht bestritten. Das lässt sich auch überhaupt nicht bestreiten. Aber worin besteht denn jetzt Ihr Lösungsbetrag? Sie haben hier einen Betrag von mehr als einer Milliarde Euro vorgelegt. Der Investor muss an eigenem Geld 20 Millionen Euro einbringen, den Rest des Kaufpreises von 200 Millionen bringt nicht der Investor auf, sondern der LBK lebt sich dieses Geld selbst.

Meine Damen und Herren, wenn man sich das einmal anguckt, sieht man: Letztendlich werden dort zwei Gesellschaften gegründet, der LBK-Immobilien und die Besitzgesellschaft und zwischen diesen beiden Unternehmen werden Kredite hin- und hergeschoben. Am Schluß ändert sich gar nichts, sondern im Gegenteil, meine Damen und Herren: Wenn Sie sich diese beiden Betriebe angucken, sind dann 250 Millionen zusätzliche Kredite dazugekommen, mit denen nämlich der Kaufpreis von Asklepios zum Teil bezahlt wird. Das ist die Tatsache.

(*Petra Brinkmann SPD: Ja, genau so!*)

Und alle Schulden, die daraus kommen, bleiben bei der Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Aber die Schulden sind auf Ihrem Mist gewachsen!*)

Herr Wersich, das ist ja nicht auf meinem Mist gewachsen. Ich lese einfach nur vor, was in der Drucksache steht. Sie beklagen, dass die Stadt in den letzten Jahren Kredite über 60 Millionen Euro für ein Defizit aufnehmen musste. Der Betriebs-LBK wird dieses Defizit im nächsten Jahr nicht haben. Aber welches Defizit wird denn der LBK-Immobilien haben, der im nächsten Jahr zu 100 Prozent bei der Stadt bleibt? Das sind die

62 Millionen, die Sie so beklagen. Meine Damen und Herren, das Problem wird überhaupt nicht gelöst. Das Einzige, was passiert, ist, dass ein Investor für 20 Millionen Euro ein Unternehmen bekommt und alle Schulden bei der Stadt bleiben.

(Beifall bei der SPD – *Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Woher kommen die Schulden denn?*)

Und bei dieser Konstruktion, meine Damen und Herren, besteht überhaupt keine Notwendigkeit, den Betriebs-LBK noch zu verkaufen. Die Aufsplitzung in eine Betriebsgesellschaft

(*Dr. Willfried Maier GAL: Verlustgesellschaft!*)

und eine Immobiliengesellschaft, die die Schulden hat – eine Verlustgesellschaft –, ist ja sinnvoll. Aber wie wir ja gerade in der Drucksache gesehen haben, bleiben alle Verluste bei der Stadt und das Einzige, was wirklich an zusätzlichem Geld hineinkommt, das der LBK nicht als Kredit aufnimmt, sind 20 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, Sie haben gefragt, was unser Ansatz sei. Ich sage Ihnen: Nach drei Jahren Rezession ist das mit Sicherheit der falsche Zeitpunkt, ein Unternehmen zu verkaufen. Fragen Sie jeden beliebigen Häuslebauer, wie viel er für sein Haus bekomme. Die bekommen alle noch nicht einmal das, was sie hineingesteckt haben. Meine Damen und Herren, warten Sie zwei bis drei Jahre mit dem Verkauf, bis die Wirtschaft wieder angesprungen ist, bis die Gesundheitsreform durch ist, die Unsicherheit weg ist, sodass man ganz klar rechnen kann. Meine Damen und Herren, dann garantiere ich Ihnen, werden Sie mit Sicherheit bessere Chancen haben, einen besseren Preis zu bekommen, und dann werden vielleicht auch die Schulden, die uns alle drücken und die uns auch nach diesem Verkauf weiterhin drücken, weiter reduziert werden. Das ist unser Vorschlag und wenn Sie auch nur einen Funken von Verantwortungsgefühl für die Gesundheitsversorgung dieser Stadt haben, dann werden Sie mit uns diese Vorlage ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Farid Müller: Meine Damen und Herren, das Wort hat Senator Rehaag.

Senator Peter Rehaag:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal an Herrn Kerstan: Das Problem ist, dass Sie immer wieder von den 20 Millionen Euro reden. Ich würde Sie bitten, das einfach einmal zu lassen. 20 Millionen, das ist das, was an Bargeschäft gebracht wird.

(*Petra Brinkmann SPD: Das ist doch ein Witz!*)

Herr Dobritz, Sie wissen es ganz genauso. Wenn Sie es gelesen haben, dann müssten Sie es auch lesen können: Es gibt auch eine Sacheinlage von 74,4 Millionen Euro, das heißt, das, was der Investor hier bringt, sind nicht diese 20 Millionen Euro, die immer genannt werden, sondern es sind immerhin 93,6 Millionen Euro. Hier werden zwei Krankenhäuser als Sacheinlage gebracht. Man muss dann doch auch ein bisschen bei den Zahlen bleiben, Herr Kerstan. Ob Sie es nun bar einlegen oder ob Sie eine Sacheinlage machen – ich bitte Sie. Jedes Mal wird hier in den letzten Tagen diskutiert, dass der LBK quasi "verklitscht", wie ich in den Zeitungen lesen musste,

C

D

A (Michael Neumann SPD: Es wird eben nicht diskutiert!)

also unter Wert verkauft werden müsse, die Zukunft der Häuser und die Beschäftigten gefährdet seien.

Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Der LBK-Hamburg wird deutlich gestärkt aus dem Prozess der Teilprivatisierung herausgehen, und zwar erstens durch die Trennung von Besitzanstalt und Betriebsgesellschaft – ich denke, da gibt es keinen Dissens im Hause –, durch den Formwechsel in eine GmbH – auch das ist nichts Schlimmes, anders als es immer dargestellt wird – und durch den Übergang der Unternehmensverantwortung an den neuen Mehrheitsgesellschafter Asklepios. Dadurch wird ein unternehmerischer Neuanfang ermöglicht, der die neue LBK-Betriebsgesellschaft von den strukturellen Lasten der Vergangenheit weitgehend befreit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

Meine Damen und Herren, der Senat setzt mit seiner Investorenentscheidung die vier zentralen strategischen Ziele – ich darf das einmal unter einer Überschrift stellen: "Gesundheit braucht Verantwortung" – konsequent um und nimmt so seine gesundheitspolitische Verantwortung wahr, nämlich die medizinische Versorgung auf qualitativ hochwertigem Niveau in Hamburg zu sichern, sie aber auch bezahlbar zu machen, darüber hinaus die betriebliche Zukunft des LBK-Hamburg und seiner Arbeitsplätze auf dem Krankenhausmarkt zu sichern und auszubauen und darüber hinaus einen Beitrag zur Standortentwicklung – Hamburg, wachsende Stadt – als Medizinzentrum zu leisten sowie einen substantiellen Beitrag zur Minderung der aufgehäuften finanziellen Altlasten des LBK-Hamburg zu leisten. Das sind die übergeordneten Ziele.

B

Meine Damen und Herren, ich betone ausdrücklich: Es gibt überhaupt keinen Grund, die Startsituation der neuen Betriebsgesellschaft schönzureden. Keine Frage. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den unternehmerischen Neuanfang sind schwierig genug. Die Verantwortung hierfür, meine Damen und Herren – auch das habe ich immer wieder hier im Hause gesagt –, tragen allerdings in erster Linie Ihre Parteifreunde in Berlin, die den Kliniken in der schwierigen Phase der DRG-Umstellung als wirtschaftliche Zielgröße ein reales Minuswachstum von 3 Prozent des Vorjahresumsatzes bescheren wollen. Wie sollen die Häuser damit klar kommen?

Dennoch wird sich das Unternehmen unter neuer Gesellschafterverantwortung auf seine medizinischen, pflegerischen und logistischen Stärken konzentrieren und seine Marktstellung deutlich behaupten können. Daran ändert auch die notwendige Anpassung nichts, die wir aus Gründen der Marktchancen und der Entwicklungsperpektiven aller Hamburger Häuser vertraglich geplant haben. Sie wissen, in der Drucksache steht, 60 bis 80 Millionen Euro Umsatz, darunter ein Haus, würden in den nächsten zwei bis drei Jahren an den Markt gebracht. Dies bedeutet konkret, dass wir unsere Regierungsvereinbarung für diese Legislaturperiode konsequent umsetzen und für den klinischen Wettbewerb am Standort Hamburg faire Rahmenbedingungen setzen, die zugleich dem neuen Unternehmen, nämlich der Betriebsgesellschaft, eine nochmalige Kapitalzufuhr aus dem Verkauf dieses Umsatzes ermöglichen. Diese nochmalige

C Kapitalzufuhr kommt dem Unternehmen und seinen Beschäftigten zugute. Sie stärkt die Eigenverantwortung und fördert die Möglichkeit, Investitionen aus Eigenmitteln zu tätigen. Hierin liegt ein weiteres Element der deutlichen Zukunftsorientierung, die mit der Teilprivatisierung verbunden ist.

Meine Damen und Herren, die Stärkung des Medizinstandortes Hamburg kommt allen Interessengruppen zugute, denn die Patientinnen und Patienten erhalten eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau mit einer im DRG-Zeitalter unverzichtbaren Struktur im Umfeld der Kliniken, insbesondere bei der Vernetzung mit den notwendigen komplementären Einrichtungen. Mit neu entstehenden Versorgungsketten und integrierter Versorgung durch direkte Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen Klinik und Krankenkasse bringt Asklepios zusätzlich sehr wertvolle Erfahrungen auch aus der internationalen Geschäftstätigkeit ein, die unsere Patientenversorgung hier in Hamburg nachhaltig positiv beeinflussen werden.

Meine Damen und Herren, auch die Beschäftigten werden von diesen Prozessen auf vielfältige Weise profitieren. Natürlich – auch das spreche ich offen an – ist die bei 8 200 LBK-Beschäftigten vorhandene Rückkehrberechtigung zur Stadt eine spezifisch hamburgische Komponente, die wir von vorneherein bei allen Überlegungen sehr deutlich berücksichtigt haben. Ich bin bei diesem Punkt auch sehr offen. Nicht zuletzt dieses Rückkehrrecht ist für uns als Stadt ein ganz deutlicher Ansporn gewesen, mit einem strategischen Partner zusammenzukommen, mit dem wir aufgrund von Erfahrungswerten zuverlässig sein könnten, dass die vorhandenen Mitarbeiterpotenziale und die Mitarbeiter-Eigenverantwortung in allen konzeptionellen Planungen sehr deutlich in den Vordergrund gestellt würden. Asklepios hat aus eigenem Anspruch heraus einen selbst auferlegten unternehmerischen Ehrgeiz, den Beschäftigten attraktive Arbeitsplätze zu bieten und hier auch in Zeiten der DRG-bedingten Umbruchssituation und der strukturellen Veränderung als verlässlicher Partner aufzutreten.

(Petra Brinkmann SPD: Sagt er jetzt!)

A propos Verlässlichkeit: Die Beschäftigten des alten LBK sind viele Veränderungen in der Vergangenheit mitgegangen, die dazu beigetragen haben, das Unternehmen beständig weiterzuentwickeln, gar keine Frage. Auch das muss offen gesagt werden. Dies erkenne ich insbesondere auch als Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens ausdrücklich an.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Umso mehr sehe ich es aber als moralische Pflicht und strukturelle Verantwortung der Beschäftigtenvertretungen des LBK, diese Verlässlichkeit bei der Weiterentwicklung wichtiger unternehmensbezogener Zukunftsfragen nun nicht leichtfertig auf dem gewerkschaftspolitischen Altar zu opfern.

Meine Damen und Herren, wichtige Schlüsselprojekte für die Zukunft des LBK – hier dann die Stichworte, die Eingeweihten kennen das: KLINOVA, Stadtkrankenhaus Plus – werden mit dem neuen Mehrheitsgesellschafter fortgeführt und weiter ausgebaut. Der vorhandene medizinische Output und die Logistik werden weiter verbessert. Dies ist gleichermaßen im Interesse von Patienten und Beschäftigten. Dies können wir nur mit einem erfah-

D

A renen und verlässlichen Partner wie Asklepios erreichen. Sie alle hier im Parlament, aber auch die Vertreter der Beschäftigten, etwa in der Anhörung letzte Woche, hätten uns in einer noch viel schärferen Weise hinterfragt, wenn wir die Auswahlentscheidung zugunsten eines reinen Finanzinvestors getroffen hätten, der entsprechend Rendite machen will, oder entsprechend eines Partners mit der knallharten Attitüde eines Aufkäufers und Sanierers oder eines internationalen Global Players, dessen Engagement für Qualität und Verantwortung gegenüber den Beschäftigten sich mehr oder weniger als deutsches Gastspiel, als Episode herausgestellt hätte.

Meine Damen und Herren, nichts von alledem, keines dieser Worst-Case-Szenarien hinsichtlich der möglichen Alternativen ist für die Beschäftigten eingetreten. Die auch hier im Hause verbreitete Weltuntergangsstimmung, es werde den Beschäftigten schreckliches widerfahren und der Massenexodus der LBK-Belegschaft sei vorprogrammiert, ist eine – entschuldigen Sie, aber: billige Abschreckungsretorik, die sich sehr schnell abnutzen wird.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Sie werden sehen, dass die auch hier im Hause von SPD und GAL eher schlecht als recht herbeigeredete – nennen wir es: hässliche Fratze des Investors auf Asklepios so ganz und gar nicht passt. Meine Damen und Herren, Ihre Mobilmachung der Öffentlichkeit wird ins Leere laufen. Dasselbe gilt für Ihre abenteuerlichen Rechenkünste, die Sie uns in diesen Tagen in zahlreichen Pressemitteilungen und Enthüllungen hier vorlegen. Ich sage Ihnen hierzu klipp und klar: Asklepios bringt Kapital ins Unternehmen, das dringend gebraucht wird, und zwar in beträchtlichem Umfang.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Einen Euro!)

– Ach, Herr Dr. Petersen: "Einen Euro" – das ist doch wirklich aberwitzig.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Lesen Sie die Drucksache!)

– Da steht ein Euro drin? Zeigen Sie mir die Stelle, wo da "ein Euro" als Kaufpreis steht. Das würde ich gerne einmal sehen, Herr Dr. Petersen.

337 Millionen Euro ist der Gesamtkomplex und eine Investitionszusage von 150 Millionen Euro, ein Wertzuwachs, der enorm ist.

(Zuruf von Dr. Mathias Petersen SPD)

Herr Dobritz, noch einmal: Sich vor diesem Hintergrund vor die Öffentlichkeit zu stellen und zu behaupten, es werde etwas verschenkt, ist meines Erachtens nicht nur für einen Haushaltspolitiker eher neben der Sache, denn Sie wissen es besser. Sie kennen die Zahlen, Herr Dobritz.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Was sind das eigentlich für finanzpolitische Nebelkerzen, wenn Sie den in dieser Summe enthaltenen Kaufpreis von knapp 320 Millionen Euro unterschlagen und so tun, als sei die Erbbaurechtsstellung für die Krankenhausimmobilien quasi gratis erfolgt? Nichts ist daran richtig. Wenn Sie sich mit den Dingen etwas sorgfältiger befasst hätten, dann würden Sie schnell erkennen, dass aus dem

C Gesamtpaket einschließlich Erbbaurecht mit einem ersten Schritt 200 Millionen Euro zur Entschuldung der Besitzanstalt eingebracht werden können. Darüber hinaus werden auch weitere beachtliche Beträge zu einem späteren Zeitpunkt garantiert oder an das Betriebsergebnis geknüpft. Auch hierin liegt nichts Anstößiges oder Kritikwürdiges, wenn spätere Ausschüttungen an Betriebsergebnisse geknüpft werden.

Meine Damen und Herren von der Opposition, in Ihrem sportlichen Eifer, den Kaufpreis für den LBK mit aller Macht auf Null herunterzurechnen, übersehen Sie schlicht die realen Zuflüsse zur Tilgung des Landeshauptkassenkredites und zur Bewältigung der Lasten der Altersversorgung. Doch nicht nur das: Sie verschließen auch die Augen davor, dass sich die Kaufpreisanpassung über eine fünfjährige Periode erstreckt

(Dr. Mathias Petersen SPD: Nach unten!)

und damit ein Interessengleichlauf aller Beteiligten garantiert ist, denn kein Unternehmer in diesem Land mit einer derartig hohen Personal- und Strukturverantwortung fährt einen Betrieb mutwillig gegen die Wand, nur um die Kaufpreisminderung zu realisieren. Das ist aberwitzig.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

D Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Alle Fraktionen hier im Hause sehen offenbar keine wirkliche Alternative zu einer Trennung in Besitzanstalt und Betriebsgesellschaft. Das hatten ja auch Sie im Vorwege das eine oder andere Mal gefordert, beziehungsweise die Hansestadt solle sämtliche Verbindlichkeiten übernehmen,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das tun Sie!)

einfach so, ohne irgendeine andere Gegenfinanzierung oder einen Investor. Keine der Fraktionen hier im Hause hat bislang auch nur ansatzweise den Versuch unternommen, einmal darzulegen, dass eine Minderheitsbeteiligung durch einen Investor eine annähernd substanzielle Kapitalzufuhr gebracht hätte. Ich denke, über 25 Prozent und 49,9 Prozent müssen wir im Hause nicht mehr streiten. Das ist keine Alternative und alle wissen deshalb auch: Die Volksinitiative "Gesundheit ist keine Ware" zielt auf ein virtuelles Konstrukt. Es ist das Wolkenkuckucksheim gewerkschaftlicher Ambitionen und das Schlimme daran ist, meine Damen und Herren: Die 110 000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner werden von den Initiatoren hierüber völlig im Dunkeln gelassen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Glocke)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Herr Senator, wir haben uns im Ältestenrat darauf geeinigt, dass jede Fraktion, auch der Senat, jeweils zehn Minuten Redezeit habe. Die Redezeit des Senates ist schon seit einiger Zeit abgelaufen. Darauf wollte ich Sie hinweisen.

Senator Rehaag (fortfahrend): – Herr Präsident, dann nehme ich einen Satz und 30 Sekunden für die Abschlussbemerkung:

Der LBK hat dieses Jahr einen Liquiditätsbedarf von 108,6 Millionen Euro gehabt. Nur knapp 40 Millionen Euro, nämlich exakt 39,2 Millionen Euro, sind, mittelbar oder unmittelbar, dem Altersstrukturprob-

A Iem zuzuordnen. Ich denke, diese Zahlen sprechen für sich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat jetzt Herr Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will Ihnen nur an einem Beispiel deutlich machen, wie es dem Senat gelingt, an der tatsächlichen Sachlage vorbeizuargumentieren: Der Senator stellt sich hier hin und lobt die Sacheinlage zweier Krankenhäuser von Asklepios mit 74 Millionen Euro. Diesen 74 Millionen Euro stehen 300 Betten gegenüber. Wenn Sie das einmal in einen Dreisatz bringen, dann müssten sie für die 5 000 Betten der sieben großen Kliniken 1,3 Milliarden Euro zahlen. Aber sie zahlen nur fiktiv 318 Millionen Euro. Das ist eine Milchmädchenrechnung, was Sie hier machen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren, Sie haben uns mit der ersten Drucksache ein Camouflage-Gesetz vorgelegt und mit der zweiten Drucksache ein Wundertüten-Gesetz. Nichts anderes ist es. Die 318 Millionen Euro, die als Kaufpreis angegeben sind, bringt Asklepios nicht mit. Dies wird finanziert, wie heute die russische Oligarchie ihre Firmen finanziert, nämlich durch die Aufnahme von Fremdkapital und mit Tetje mit de Utsichten, wenn irgendwann die Rendite stimmt, durch einen Börsengang. Das ist alles Theorie, was in der Drucksache steht. Null bringt Asklepios außer der Sacheinlage mit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

So, meine Damen und Herren, und das mit den Grundstücken, das ist von mir ganz, ganz sachte gerechnet: Ich unterstelle einmal für die betriebsbedingten Immobilien einen Wert von ungefähr 420 Millionen Euro. Andere sagen, 600 Millionen Euro, weil die Gebäude von mir natürlich nicht richtig zu bewerten sind. Ich kenne sie im Einzelnen nicht. Aber auf dieser Grundlage verzichten Sie auf Erträge, weil Sie sagen, der theoretische Erbbauzins könne mit dem Kaufpreis verrechnet werden. Aber mit dem wird in dieser Drucksache alles verrechnet. Der theoretische Erbbauzins für die sieben Grundstücke und Krankenhäuser beläuft sich auf 189 Millionen Euro. Das ist kapitalisiert, das ist Barwert. Auf die verzichten Sie zulasten dieses Haushaltes. Darüber hinaus bieten Sie einem im europäischen Maßstab im Wettbewerb stehenden zukünftigen Unternehmen die Möglichkeit, mit einem Subventionstatbestand von 189 Millionen Euro in den Wettbewerb zu gehen. Ich sage Ihnen: Dies verstößt gegen EU-Beihilferecht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Was auch in der Drucksache steht, ist, dass das ganze Ding in zwei Jahren in eine GmbH & Co. KG umgewandelt wird. Das steht so zwischen den Zeilen. Und warum? Weil die GmbH & Co. KG natürlich gegenüber einer GmbH ein Steuersparmodell ist. Sie können nämlich bei einer GmbH & Co. KG die Zinsen – und der LK-NEU will ja das Gesellschafterdarlehen kaufen – in voller Höhe absetzen und bei der GmbH nur begrenzt, weil es sonst eine verdeckte Gewinnaus- schüttung wäre. Da kommt ein Finanzsenator, der sich

bei Beiersdorf als Held loben lässt, weil er das Unternehmen wegen der horrenden Ertragsteuer rettet, die dieses Unternehmen abliefer. Mit einem anderen Unternehmen mit 13 000 Mitarbeitern liefert er das Beispiel, wie man ein Modell wählt, bei dem möglichst wenig an Körperschaft- und Gewerbesteuer in der Kasse bleibt. Das ist doch hirnrissig.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Das sind die Gesetze des Marktes!)

Dann zur Mitbestimmung bei der GmbH & Co. KG. Dieses ist genau das Modell, bei dem die überbetriebliche Mitbestimmung ausgehebelt wird. In der GmbH & Co. KG findet sich im Aufsichtsrat kein Arbeitnehmer wieder.

(*Ekkehard Rumpf FDP:* Das ist doch Ihr wahres Problem!)

– Das ist aber etwas, das im Widerspruch zu den Aussagen in der Drucksache steht, die ich – im Gegensatz zu Ihnen – gelesen habe.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie an die Börse gehen, müssen Sie Dividende zahlen. Wenn Sie für 250 Millionen Euro – wie in der Drucksache steht – Kredite aufnehmen, um Altkredite zu finanzieren, das Gesellschafterdarlehen zurückzukaufen, und dann einen Börsengang machen wollen, dann geht das nur, wenn Sie in diesem Börsenprospekt auch nachweisen, dass Sie Rendite machen. Das bedeutet natürlich glasklar: Sie müssen beim LBK NEU mit den Personalkosten runter. Im Verkaufsprospekt der WestLB stehen auch die Rahmenbedingungen. Die Rahmenbedingungen bedeuten im Hinblick auf die Beschäftigung: 1 500 Beschäftigte weniger, rein ins Entlohnungssystem, raus aus dem kommunalen Arbeitgeberverband und Absenkung der Personalkosten um 120 Millionen Euro, dann können wir den Börsengang machen. Das steht da drin.

(*Erhard Pumm SPD:* Das ist die Wahrheit!)

Das ist die nackte Tatsache und das sollte auch die Belegschaft des LBK wissen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Zum Schluss komme ich auf den Einfluss. In zwei Jahren soll der Börsengang stattfinden und wer beteiligt sich nicht am Börsengang? – Die Freie und Hansestadt Hamburg. Was bedeutet das für die 25,1 Prozent und die 10 Prozent? Das heißt, ab 2005 – nach Börsengang – hat diese Stadt in diesem LBK NEU nichts, aber auch gar nichts mehr zu sagen, sie hat nicht einmal mehr die Rechte eines Minderheitenaktionärs. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Ich bin seit 1986 im Parlament und habe seit Hein Gas so alle Privatisierungen mitgemacht, die es in dieser Stadt gab.

(*Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Das sieht man!)

Aber eines sage ich Ihnen: Was Sie uns hier bieten, ist die trostloseste Privatisierung, die diese Stadt seit 1949 erlebt hat.

C

D

A (Beifall bei der SPD und der GAL – *Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Woher kommen die Schulden? Wo sind Ihre Rückstellungen für den LBK?)

– Gehen Sie in Ihre Verbindung.

Zum Schluss eines, das auch einmal gesagt werden muss. Ich vermisste an dieser Stelle die unternehmerische Leidenschaft des Finanzsenators: Im Vermittlungsausschuss sitzend und hinter dem Rücken mit Bundeskanzler und Stoiber dealen, das größte Steuersparpaket der deutschen Lebensversicherungsbranche, dort, wo man kapitalgedeckte Altersversorgung machen kann, ...

(Glocke)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Herr Dobritz, wenn ...

Werner Dobritz (fortfahrend): mit großer Leidenschaft initiieren, aber hier eine unternehmerische Leidenschaft an den Tag zu legen, die null ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Sie sind seit zehn Jahren hier und hören die Glocke nicht!)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU*: Was wollten Sie ihm denn sagen, Herr Präsident? Das könnten Sie ihm doch auch hinterherschicken!)

B **Dr. Wieland Schinnenburg FDP**:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dobritz, was Sie hier geboten haben, war die trostloseste Zahlenverdrehung, die dieses Parlament je gesehen hat.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die angeblich 420 Millionen, die nach Ihrer Meinung die Gebäude wert sind, hätten wir gerne einmal sehen wollen.

(*Werner Dobritz SPD*: Von Immobilien habe ich geredet!)

Ihr Senat hat über Jahre versucht, auch nur einen Quadratmeter zu verkaufen. Sie haben keinen einzigen Quadratmeter verkaufen können. Das sind Ihre 420 Millionen Euro. Vom Rest reden wir gar nicht erst.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Zuruf von *Dr. Willfried Maier GAL*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mit zwei Geschichten aufräumen, die einfach nicht stimmen.

Erstens: Sie sagen, alle Risiken bleiben bei der Stadt. Meine Damen und Herren! Unter Ihrer Zeit sind bis heute alle Risiken des LBK bei der Stadt gewesen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Immer, wenn Geld fehlte, weil die Geschäftsführung schlecht war oder die sonstigen Bedingungen nicht gut waren, wurde bei der Landeshauptkasse angerufen: Gebt mal ein bisschen Geld her. Das war Ihre Art der Unter-

C nehmensführung und die beenden wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive))

Das Risiko des LBK ist künftig beim Unternehmer, etwas, was Sie vielleicht nicht kennen, aber so ist es. Das alte Risiko wird zum großen Teil – leider ist es so – von der Stadt übernommen, weil Sie das so gewollt haben. Aber alle künftigen unternehmerischen Risiken – und die sind bei Ihrer Gesundheitspolitik enorm groß – sind beim Investor, bei den Asklepios-Kliniken. Das ist die Realität.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Sie sind ein Analphabet!)

Zweitens: Herr Kerstan, in Ihrer Denkweise der Häuslebauer haben Sie einen Fehler gemacht: Ein Häuslebauer werde sein Haus verkaufen, wenn gerade der Marktpreis günstig sei. Er werde keines kaufen, wenn der Marktpreis schlecht sei. Der Vergleich stimmt nicht. Das ist dann richtig, wenn Sie ein gutes Häusle haben. Wir haben ein katastrophal schlechtes Häusle mit ganz furchterlich hohen Unterhaltungskosten. Das zu verkaufen, ist auch richtig, wenn der Marktpreis schlecht ist. Das ist die Antwort auf Ihre Behauptung, meine Damen und Herren.

Letzter Punkt und das ist der wichtigste. Hören Sie endlich auf, private Krankenhausbetreiber und Medizinversorger zu diskreditieren.

(*Erhard Pumm SPD*: Haben wir doch auch gar nicht!)

Immer wieder höre ich hier, unsere Leistung war, Versorgung ohne Rücksicht auf den Geldbeutel. Ich sage Ihnen, Herr Dr. Petersen versorgt in seiner Praxis – ein schrecklicher privater Medizinbetreiber – die Patienten ohne Rücksicht auf den Geldbeutel. Herzlichen Glückwunsch, Herr Petersen, das finde ich gut so.

D Das Albertinen-Krankenhaus versorgt die Menschen ohne Rücksicht auf den Geldbeutel und die Asklepios-Kliniken in Rissen tun das auch. Hören Sie auf, Private zu diskreditieren. Private können besser organisieren, sie arbeiten besser und sie behandeln Menschen unabhängig vom Geldbeutel. Die Einzige, die hier dazwischenfunkt, ist Ihre Bundesregierung, die den Krankenhäusern nicht das Geld dafür gibt, was sie brauchen, um Menschen ohne Rücksicht auf den Geldbeutel vernünftig zu behandeln. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Frau Dr. Freudenberg.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Wir sollten hier einfach mal die Drucksache vorlesen!)

Dr. Dorothee Freudenberg GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Sie, Herr Senator Rehaag, unsere Rechnung bestätigt haben, möchte ich jetzt mehr auf die gesundheitspolitischen Probleme eingehen, die sich aus unserer Sicht aus diesem Verhandlungsergebnis ergeben. Wir hätten diese sehr gerne im Gesundheitsausschuss diskutiert. Das wäre dringend notwendig gewesen, aber die Drucksache lag nicht vor und es war nicht möglich.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

A Meine Damen und Herren! Wir sehen vor allem zwei Probleme, die uns hinsichtlich der Gesundheitsversorgung in dieser Stadt wirklich große Sorgen machen.

Erstens: Wir sind der Meinung, dass der LBK für Asklepios ein paar Schuhnummern zu groß ist, denn Asklepios hat keine Erfahrung mit großen Krankenhäusern in Metropolen, sondern ist spezialisiert auf kleine Kliniken im ländlichen Raum. Asklepios bringt – das haben Sie, Herr Senator, auch gesagt – als Kapital zwei Kliniken ein, das Westklinikum Rissen und eine Klinik in Bad Schwartau. Ich frage mich, was wir mit diesem Krankenhaus in Bad Schwartau sollen,

(Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Da können Sie ja dann hinfahren!)

dieses Krankenhaus interessiert mich herzlich wenig, denn wir haben in dieser Drucksache gelesen, dass der Vertrag eine Garantie der Belegung dieser Klinik in Bad Schwartau mit Hamburger Krankenhauspatienten vorsieht. Ich frage mich, was das soll. Wir haben in Hamburg das Problem einer großen Überkapazität an Krankenhausbetten und machen hier einen Vertrag mit einem Träger, der sich seine kleinen Kliniken im ländlichen Raum durch uns absichern lässt. Das finde ich wirklich nicht im Interesse unserer Stadt und darüber hätte ich mit Ihnen sehr gerne gesprochen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir haben vielmehr ein Interesse daran, dass unser Gesundheitsstandort ausgebaut wird und die Stärken, die wir haben, gefördert werden, dass es mehr hin zur Entwicklung der integrierten Versorgung geht. Sie haben auch das KLINOVA-Konzept erwähnt. Das kommt in der Drucksache überhaupt nicht vor, sondern es scheint darum zu gehen, alte, völlig überholte Strukturen zu verstetigen und das auf unsere Kosten. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist – und das ist irgendwie größenwahnsinnig –, dass Asklepios vorhat, den LBK NEU zum – wie es so wunderschön heißt – Zentrum eines European-Urban-Hospitel-Standorts zu machen,

(Ingo Egloff SPD: Hört sich zumindest gut an!)

also einer internationalen Metropole und dieser LBK soll die Aufgabe haben, in Europa, in Großstädten große Kliniken zu kaufen und diese auch noch zu verwalten. Ich frage Sie, mit welchem Geld. Wir haben doch gerade gehört, dass da nicht soviel Geld ist, sonst würden die ja mehr mitbringen. Wie soll das denn laufen? Das ist doch nicht unser Interesse. Wir wollen doch, dass unsere Krankenversorgung hier gesichert wird und nicht, dass hier ein völlig größenwahnsinniges Konzept, für das es bisher überhaupt noch keine Beispiele gibt, vertreten wird. Das ist nicht unser Interesse. Unser Interesse ist die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung zu gesicherter Qualität. Unser Interesse ist auch der Ausbau des ambulanten Sektors der Integriertenversorgung, aber nicht irgendwelche Spekulationen, denn, wenn es schief geht, muss dieses Geld unter anderem auch in den jetzigen LBK-Häusern erwirtschaftet werden und das geht auf unsere Kosten, das geht auf Kosten der Beschäftigten und vor allem der Patienten. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Farid Müller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung, zunächst zum Bericht des Gesundheitsausschusses.

Wer möchte die vom Ausschuss empfohlenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Wer möchte nun das Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse des Landesbetriebs Krankenhäuser Hamburg, Anstalt öffentlichen Rechts, mit den soeben beschlossenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit bei vielen Gegenstimmen in der ersten Lesung beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Gibt es Widerspruch aus dem Hause?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

– Dann wird die zweite Lesung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zum Dringlichen Senatsantrag, Drucksache 17/3691. In Ziffer 1 des Petitions wird die Bürgerschaft um Kenntnisnahme gebeten. Diese ist erfolgt.

Die SPD-Fraktion hat eine Überweisung dieser Drucksache federführend an den Haushaltsausschuss und mitbetreuend an den Gesundheitsausschuss beantragt.

Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese ist somit mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich über den Dringlichen Senatsantrag in der Sache abstimmen.

Wer stimmt den Ziffern 2 und 3 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit mit Mehrheit angenommen.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

– Dann wird auch in diesem Fall die zweite Lesung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zu den Ziffern 4 und 5 des Dringlichen Senatsantrags.

Wer möchte diese beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit sind beide Ziffern mit Mehrheit beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 26, Berichte des Eingabenausschusses, zunächst zum Bericht 7/3368 in der Neufassung.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 17/3368 (Neufassung) –]**

Über den Bericht 17/3368 hat die Bürgerschaft bereits in ihrer Sitzung am 29. Oktober 2003 abgestimmt.

A Der sechste Absatz war in diesem Bericht jedoch in einer überholten Fassung abgedruckt worden. Es liegt deshalb eine Neufassung der Drucksache 17/3368 vor. Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft davon Kenntnis genommen hat. Eine erneute Abstimmung ist nicht erforderlich, da an der Ausschussempfehlung keine Änderungen vorgenommen worden sind.

Wir kommen nun zum Bericht 17/3606.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 17/3606 –]**

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 641/03 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist die Empfehlung mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Wer möchte den Empfehlungen zu den Eingaben 612/03 und 635/03 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit einstimmig bei einigen Enthaltungen angenommen.

Wer schließt sich den übrigen Ausschussempfehlungen an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit einstimmig angenommen.

Schließlich zum Bericht 17/3607.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 17/3607 –]**

Ich beginne mit Ziffer 1. Hierin sind nur einige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit einstimmig angenommen.

B In Ziffer 2 werden Kenntnisnahmen empfohlen. Diese sind erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die darin aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 19, Drucksache 17/3552: Mandat des Hamburger Senatsvertreters im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union.

**[Senatsantrag:
Mandat des Hamburger Senatsvertreters im Aus-
schuss der Regionen der Europäischen Union
– Drucksache 17/3552 –]**

Wer möchte dem Senatsantrag zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 17/2416, Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft: Anpassung der Geldleistungen nach dem Fraktionsgesetz sowie gemeinsamer Antrag aller fünf Fraktionen, Drucksache 17/2417:

C 1) Anpassung der Geldleistungen nach dem Fraktionsgesetz, 2) Haushaltspunkt 2003, Einzelplan 1.0, Kapitel 1000, Bürgerschaft, Deckung des Mehrbedarfs beim Titel 1000.684.02.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Anpassung der Geldleistungen nach dem Fraktions-
gesetz – Drucksache 17/2416 –]**

**[Interfraktioneller Antrag:
1) Anpassung der Geldleistungen nach dem Fraktions-
gesetz**

**2) Haushaltspunkt 2003, Einzelplan 1.0, Kapitel 1000,
Bürgerschaft: Deckung des Mehrbedarfs beim Titel
1000.684.02 – Drucksache 17/2417 –]**

Ich stelle zunächst fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 17/2416 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zur Drucksache 17/2417, zunächst zur Ziffer 1.

Wer möchte das Fünfte Gesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall.

D Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung beschlossen.

Wer stimmt Ziffer 2 des Antrags zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit einstimmig angenommen.

Auch hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 17/3586, Bericht des Kulturausschusses zum Thema: Hamburger Gesetz über die Führung der Berufsbezeichnung "Restaurator".

**[Bericht des Kulturausschusses über die Drucksache
17/2473: Hamburger Gesetz über die Führung der
Berufsbezeichnung "Restaurator"
(Antrag der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP) – Drucksache 17/3586 –]**

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen beschlossen.

*Siehe Anlage Seite 3031

A Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 30, Drucksache 17/3587, Bericht des Kulturausschusses zum Thema: St. Pauli als Wiege der Populärmusik.

[Bericht des Kulturausschusses über die Drucksache 17/2763: St. Pauli als Wiege der Populärmusik (SPD-Antrag) – Drucksache 17/3587 –]

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung hinsichtlich der Ziffern 1 und 3 aus der Drucksache 17/2763 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Wer möchte der Ausschussempfehlung zu Ziffer 2 folgen? – Gegenprobe. – Somit mit Mehrheit beschlossen.

Tagesordnungspunkt 34, Drucksache 17/3630, Neufassung: Bericht des Haushaltsausschusses über die Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2001, den Jahresbericht 2003 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2001 und die Stellungnahme des Senats hierzu sowie über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Jahr 2001.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen 17/1704: Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2001 (Senatsvorlage)

17/2267: Jahresbericht 2003 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2001 (Vorlage des Rechnungshofs) 17/2677: Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht 2003 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2001 (Senatsvorlage)

17/2268: Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2001 (Vorlage des Rechnungshofs)

– Drucksache 17/3630 (Neufassung) –]

Über die Empfehlungen des Haushaltsausschusses lasse ich getrennt abstimmen und beginne mit Teil A, IV. Unter dem Buchstaben a) der Ausschussempfehlung wird eine Kenntnisnahme empfohlen. Diese ist erfolgt.

Wer möchte, wie unter dem Buchstaben b) empfohlen, die in der Haushaltsrechnung 2001 ausgewiesenen Überschreitungen genehmigen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig und damit endgültig beschlossen.

Unter dem Buchstaben c) empfiehlt der Haushaltsausschuss, dem Senat für das Haushaltsjahr 2001 Entlastung zu erteilen. Wer stimmt zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Wer möchte sich, wie unter dem Buchstaben d) empfohlen, den unter Teil A, Abschnitt II, des Ausschussberichtes aufgeführten Beschlussvorschlägen des Unterausschusses "Prüfung der Haushaltsrechnung" anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

In Teil B des Haushaltsausschussberichtes wird empfohlen, dem Rechnungshof für dessen Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2001 Entlastung zu erteilen. Wer will so beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Dem Rechnungshof ist damit Entlastung erteilt.

Ich möchte dem Rechnungshof mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit ausdrücklich unseres Dank aussprechen.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 35, Drucksache 17/3631: Bericht des Schulausschusses über die Novellierung des Hamburgischen Privatschulrechts.

[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 17/3455: Novellierung des hamburgischen Privatschulrechts (Senatsantrag)

– Drucksache 17/3631 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 17/3721 ein Antrag der Koalitionsfraktion vor.

[Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP zur Drucksache 17/3455:

Novellierung des hamburgischen Privatschulrechts – Drucksache 17/3721 –]

Über diesen Antrag lasse ich zunächst abstimmen.

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit einstimmig angenommen.

Wer möchte nun das Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft mit den soeben beschlossenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit einstimmig in erster Lesung beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 37, Drucksache 17/3640, Bericht des Innenausschusses zum Thema: Zusammenführung der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein in einer gemeinsamen Anstalt des öffentlichen Rechts.

[Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 17/3233: Zusammenführung der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein in einer

C

D

A **gemeinsamen Anstalt des öffentlichen Rechts (Senatsvorlage) – Drucksache 17/3640 –]**

Hierzu liegt Ihnen die Drucksache 17/3725 als Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD zur Drucksache 17/3640:

Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 17/3233 – Zusammenführung der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein – Drucksache 17/3725 –]

Über diesen lasse ich jetzt abstimmen.

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Bericht des Innenausschusses.

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und möchte das Gesetz zur Errichtung eines gemeinsamen Statistischen Amtes für die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig beschlossen. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus?
– Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe.

– Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 40, Drucksache 17/3646, Antrag der SPD-Fraktion: Leichenschau "Körperwelten" stoppen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Leichenschau "Körperwelten" stoppen
– Drucksache 17/3646 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen. Wer stimmt dem zu?
– Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 41, Drucksache 17/3647, Antrag der SPD-Fraktion: Keine Finanzierung der Neugestaltung des Jungfernsteigs durch SAGA- und GWG-Mieter

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Keine Finanzierung der Neugestaltung des Jungfernsteigs durch SAGA- und GWG-Mieter
– Drucksache 17/3647 –]**

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Zur Geschäftsordnung stellen wir fest, dass wir diesen Antrag wegen Erledigung mit freudiger Erregung zurückziehen!)

– Gut, dann kommt der Antrag nicht zur Abstimmung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 42, Antrag der SPD-Fraktion: Entlassung des Präsidenten der Behörde für Bildung und Sport.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Entlassung des Präsidenten der Behörde für Bildung und Sport – Drucksache 17/3648 –]

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Auch diesen können wir wegen Erledigung zurückziehen! – Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dann brauchen wir auch diesen nicht abzustimmen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 47, Drucksache 17/3666, Antrag der Fraktion der SPD und der GAL: Aktenvorlage gemäß Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung – Einführung und Umsetzung des Kita-Gutscheinsystems.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Aktenvorlage gemäß Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung – Einführung und Umsetzung des Kita-Gutscheinsystems – Drucksache 17/3666 –]

Ich stelle zunächst fest, dass dieser Antrag mit dem nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung erforderlichen Quorum gestellt worden ist.

Wird das Wort nach Paragraph 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass das Aktenvorlageersuchen wirksam zustande gekommen ist.

Tagesordnungspunkt 20, Drucksache 17/3633, Antrag des Senats auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Herrn Uwe Seeler.

[Senatsantrag:

Antrag des Senats auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Herrn Uwe Seeler – Drucksache 17/3633 –]

Ich unterbreche die Sitzung hiermit für einige Minuten.
– Vielen Dank.

Unterbrechung: 17.57 Uhr

Wiederbeginn: 18.00 Uhr

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Ich begrüße ganz herzlich in unserer Mitte Herrn Uwe Seeler. Zunächst hat der Erste Bürgermeister das Wort.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrter Herr Seeler, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hamburg war eine Stadt zwischen Zerstörung und Aufbruch, als Uwe Seeler, der Sohn des Fußballers und Stauervizes Erwin Seeler, mit seinem älteren Bruder Didi Blechdosen in Hinterhöfen und zwischen Trümmern kickte. Uwe war beim Straßenfußball im Winzendorfer Weg oder in der Schulhausmannschaft der Schule Martinistraße immer der Kleinste.

Am 1. Januar 1946 meldete ihn Vadder, "Old Erwin" genannt, beim HSV an. Das war ein Geburtstagsversprechen mit Folgen. Am 15. August 1953 gab der erst sech-

A zehnjährige Uwe Seeler sein Debüt in der ersten Mannschaft des HSV im Freundschaftsspiel gegen Göttingen 05 und nur ein Jahr später in der Nationalmannschaft. Der Rest der Erfolgsgeschichte ist schnell erzählt; wir alle kennen ihn auswendig:

Er schoss in 476 Spielen mehr als 1000 Tore für den HSV, 1960 wurde er mit dem HSV Deutscher Meister und erster Fußballer des Jahres, 1964 war er erster Torschützenkönig der Bundesliga und bis zum Ende seiner Karriere als Fußballer im Jahre 1972 wechselte er trotz lukrativer Angebote nie mehr den Verein. Er spielte bei vier Weltmeisterschaften mit und er ist Ehrenspielführer der Nationalmannschaft.

Wahrscheinlich hat jeder von Ihnen verschiedene Fotos im Kopf, wenn er an Uwe Seeler denkt. Wenn wir ihn hier vor uns sehen, dann denken wir natürlich nicht an die Fotos. Diese Bilder sind – neben persönlichen Bildern von Ihnen – auch die Momentaufnahmen einer werdenen Nation in der damaligen Zeit: Uwe Seeler mit Charly Dörfel und Klaus Stürmer im blumengeschmückten Käfer-Cabrio nach dem Gewinn der Deutschen Fußballmeisterschaft im Jahre 1960 beim Einzug in das traditionsreiche Stadion am Rothenbaum; Uwe Seeler nach der 2 : 4-Niederlage im Finale gegen England bei der Weltmeisterschaft 1966, als er mit hängendem Kopf zur Siegerehrung vom Rasen des Londoner Wembley-Stadions in Richtung der Loge von Königin Elizabeth II. geführt wurde.

Deutschland war damals eine zum Teil noch geschundene, im Aufbau befindliche Nation. Die Ärmel wurden aufgekrempelt, um das Land wieder aufzubauen und mitten drin Uwe Seeler. Er war und ist ein Kämpfer und König, er spielte Fußball nicht für Geld, sondern weil er nur eines wollte: fair gewinnen. Dabei hat er seinen moralischen Kompass nie verloren. Dieser Mann hat Anstand. Das ist es, was den Mythos Uwe Seeler ausmacht.

Uwe Seeler steht mit seiner Biographie und mit seiner Lebensleistung für eine ganze Generation, die – anstatt zu lamentieren – sich auf ihre Kräfte besann, die anpackte, anstatt abzuwarten. Es geht hier nicht um Nostalgie oder um die Flucht in die "gute alte Zeit", sondern es geht um eine zum Teil jetzt wieder aufkeimende Sehnsucht nach verlorengegangenen Tugenden und Werten, die Filme wie "Das Wunder von Bern" oder "Das Wunder von Lengede" so erfolgreich machen. Die Menschen fühlen heute das, was damals viele in sich hatten. Es geht vor allem um die Haltung, die Uwe Seeler als Mensch und Sportler weit gebracht und ihm hohes Ansehen verliehen hat.

Nach zahlreichen Militärs, Diplomaten, Politikern, Unternehmern, Schriftstellern und Künstlern ist Uwe Seeler nun der erste Sportler, der Ehrenbürger von Hamburg werden soll. Wir wollen damit einen Menschen ehren, der für den Sport in Hamburg Unschätzbares geleistet und die Stadt mit seinen Erfolgen in der Welt bekannt gemacht hat. Vor allem ehren wir einen Mann von einzigartiger charakterlicher Stärke, der tatkräftig, fair, diszipliniert, gradlinig, bodenständig, ehrlich, fleißig und ausdauernd ist. Das alles sind Eigenschaften, die ihm nicht nur nachgesagt werden. Wer Uwe Seeler kennt, weiß, dass es wirklich so ist.

Über sich selbst hat er einmal gesagt: Ich bin im Grunde stink normal, das kann man nicht spielen. Wenn es anders wäre, würden die Menschen es auch sofort merken.

Ich bin so, wie ich bin. Genau dafür lieben ihn die Menschen. C

Im Namen des Senats bitte ich die Bürgerschaft zuzustimmen, Herrn Uwe Seeler die Würde eines Ehrenbürgers der Freien und Hansestadt Hamburg zu verleihen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Von wem wird jetzt das Wort gewünscht? – Herr Zuckerer, Sie haben es.

Walter Zuckerer SPD:* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Uwe Seeler! Derzeit finden wenige Anträge des Senats die Zustimmung der Sozialdemokraten. Aber dem Vorschlag, Sie zum Ehrenbürger unserer Stadt Hamburg zu machen, stimmen wir nicht nur zu, sondern wir unterstützen ihn von ganzem Herzen. Wir freuen uns, dass Sie hier sind.

(Beifall im ganzen Hause)

Ihre Karriere als Sportler, als Fußballer, ist großartig und vielleicht ist sie sogar beispiellos. Irgendetwas aufzuzählen, wäre völlig sinnlos. Deswegen will ich auch darauf verzichten.

Sie haben sich nie in irgendeiner Weise in den Vordergrund gestellt, obwohl Sie immer im Vordergrund standen. Obwohl Sie nie Aufsehen von sich machten, haben aber viele Aufsehen von Ihnen gemacht.

Wenn man den Namen Uwe Seeler in eine Internetmaschine eingibt, erscheinen 30 000 Webseiten. Ich möchte aus einem von diesen Kommentaren etwas zitieren, als Sie Ihren Abschied nahmen. Als Sie damals gingen, schrieb jemand:

"Es hat Spieler gegeben, die sicherlich klüger spielten als Uwe Seeler; Fritz Walter ist so einer gewesen. Es hat elegantere Akteure auf dem Rasen gegeben; Beckenbauer, der Kaiser Franz aus München, ist einer von ihnen. Es hat auch Spieler gegeben, bei denen der Torinstinkt noch ausgeprägter war als bei Uwe Seeler. Gerd Müller, der als einziger die 43 Tore der Nationalelf von Uwe Seeler übertroffen hat, zählte dazu. Und doch hat es nur einen Uwe Seeler gegeben."

Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen.

(Beifall im ganzen Hause)

Viele Menschen, ob Sportler oder andere, gewinnen durch ihre Leistungen Anerkennung und Achtung. Aber nur wenige gewinnen die Herzen. Sie haben die Herzen der Hamburgerinnen und Hamburger ganz sicher gewonnen, aber nicht nur deren Herzen, auch das Herz meiner Fraktion, das links schlägt. Ich glaube, das ist okay.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Jeder von uns hat vermutlich eine andere Erklärung, was das Einmalige an Ihnen ist. Darüber zu reden, ist ziemlich schwer. Der Satz, der mir immer am besten gefallen hat, hieß: Uwe Seeler stand immer mit beiden Beinen auf der Erde. Ich will nicht über Ihre Fußballerbeine reden, die sind legendär. Ich bleibe bei den beiden Beinen, mit denen Sie immer auf der Erde standen. Etwas pathetischer: Ihnen ist der Ruhm nie zu Kopf gestiegen. Sie sind tatsächlich immer normal geblieben.

A Nun ist das in unserer Zeit, in unserer Mediengesellschaft, mit der Normalität so eine Sache, in der sich eigentlich jedes Idol selbst inszeniert und manchmal weniger die Leistung, als das In-Szene-Setzen zählt. All das sind Sie nicht. Sie stehen für das glatte Gegenteil, nämlich für einen Menschen, der immer das, was er macht, zuallererst gut machen wollte. Sie stehen für Bescheidenheit; das hat keine Tradition. Bescheidenheit ist etwas ganz Zeitloses. In dieser Bürgerschaft – wenn ich das einmal so sagen darf – ist sie nicht weit verbreitet. Sie passt nicht so ganz zu Politikern. Insofern sind Sie vielleicht heute auch für uns ein Vorbild.

(Beifall im ganzen Hause)

Wenn die Hamburgerinnen und Hamburger – oder auch die Quiddjes wie ich – von Uwe Seeler sprechen, dann sagen sie: "Uns Uwe". Was sagt uns nun dieser Schnack? Es sagt uns, Uwe Seeler gehört zu Hamburg, er gehört einfach dazu, es ist sein Hamburg. Sie waren und sind der Botschafter dieser Stadt. Niemand hat sie dazu ernannt, Sie selbst vielleicht am aller wenigsten. Aber die Hamburgerinnen und Hamburger haben Sie dazu ernannt und Sie finden es gut. Sie sollen es bleiben.

Sie haben einmal über sich und Ihre Familie gesagt: Wir sind eben einfache Leute. Lassen Sie mich das so sagen: Die Kunst der Einfachheit beherrschen wenige, in diesem Parlament sogar ganz wenige. Auch hier sind Sie ein Vorbild. Sie sind sich selbst und Ihrer Stadt immer treu geblieben. Sie wollten nie mehr scheinen als sein. Damit stehen Sie in der besten hanseatischen Tradition.

B Die Hamburgerinnen und Hamburger haben Sie vor Jahren eigentlich längst zum Ehrenbürger gemacht. Das sagt der Schnack "Uns Uwe" aus. Deshalb bleibt uns heute nur zu vollenden, was schon längst entschieden ist. Zum Abschluss sage ich Ihnen im Namen der Hamburger Sozialdemokraten, aber ich glaube auch im Namen des ganzen Hauses: Danke schön für das, was Sie für uns getan haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Herr Dr. Freytag.

Dr. Michael Freytag CDU: Frau Präsidentin, lieber Uwe Seeler, meine Damen und Herren! Sepp Herberger hat einmal gesagt: Das Erstaunlichste an Uwe Seeler ist, dass er nur Freunde hat. Obwohl dies nicht wirklich erstaunlich ist, hatte Sepp Herberger Recht.

Ich habe mich gefragt, woran das liegt und worin das Phänomen Uwe Seeler begründet ist. Die Erinnerung an meine eigene Kindheit liefert eine Antwort für mich. Uwe Seeler hat mein eigenes Leben und auch das Leben vieler meiner Freunde beeinflusst. Er hat darin Spuren hinterlassen.

Im Alter von zehn Jahren wurde Uwe Seeler Mitglied beim HSV. Im gleichen Alter sind eine Reihe meiner Freunde und ich selbst auch Mitglieder eines Fußballclubs geworden: Wandsbeker FC, Ende der Sechzigerjahre. Uwe Seeler war natürlich unser sportliches Idol. Wir wollten so sein wie er: Nationalspieler, Fußballer des Jahres, Mittelstürmer, Torschützenkönig, die Nummer 9 tragen, Torjäger sein. Uwe Seeler war unser Vorbild.

Aber es war nicht unbedingt nur der herausragende Fußballspieler, der uns fasziniert hat, denn gute Fußballspie-

ler gab es viele. Der Mensch Uwe Seeler war schon immer etwas Besonderes. Ich erinnere mich noch sehr genau an mein erstes Sportbuch, das ich geschenkt bekam. Hier ist es. Ich habe es gestern aus einem Bücherschrank hervorgeholt. Es ist 35 Jahre alt und zeigt "Uns Uwe" bei einem seiner spektakulärsten Einsätze. Ich habe dieses Buch damals – genau wie meine Freunde – verschlungen. Wir waren weniger fasziniert von dem sportlichen Teil des Buches, denn dass Sie ein guter Mittelstürmer waren, wussten wir. Uns hatten es mehr die uns besonders interessierenden Kapitel angetan. In einem dieser Buchkapitel stand ein ganz entscheidender Satz, der uns sehr nachdrücklich beeindruckt hat:

"Uwe Seeler ist nicht käuflich."

Das war die erste Spur, die Uwe Seeler bei uns allen hinterlassen hatte: Geld ist nicht alles im Leben.

Damals waren wir Jungs mit vielen Wünschen, aber mit wenig Taschengeld. Ich erinnere mich daran, dass mir meine strengen Eltern pro Tag 10 Pfennig Taschengeld gaben. Das waren in guten Monaten 3,10 DM, in schlechten Monaten 2,80 DM. Meine Freunde und ich lasen dann in dem Buch, wie Uwe Seeler mit Geld umgeht. Ich möchte aus dem Buch zitieren. Ich habe es damals mit Wonne gelesen:

"Es war im April 1961. Da stand Inter Mailand vor Uwe Seelers Tür. Nicht irgendwelche Vermittler, nein, es war höchst persönlich Helenio Herera, seinerzeit der beste und höchst dotierteste Fußballtrainer der Welt. Herera war dabei, die Mannschaft seiner Träume mit einem Mittelstürmer Uwe Seeler zu formieren. Uwe Seeler hat aber nicht gleich eingeschlagen. Einen Typen wie diesen 24jährigen Hamburger hatten die Mailänder noch nie getroffen. Sie hielten aber sein Zögern für berechnende Taktik.

Da zog Herera den vorletzten Trumpf aus seiner Tasche: '900 000 DM Handgeld für Sie, Uwe Seeler'."

Für heutige Verhältnisse sind dies mehrere Millionen Euro.

Herera war das Siegen gewohnt und vernahm aber beinahe fassungslos die Antwort von Uwe Seeler:

"Nein, danke. Ich weiß nicht, was mit mir geschieht, wenn ich vielleicht wieder nach Deutschland zurück will."

Die Verhandlungen wurden vertagt.

"Dann zog Herera seinen allerletzten Trumpf aus der Tasche:

Wir zahlen Ihnen 600 000 DM Handgeld für zwei Jahre und zusätzlich Prämien und Gehalt. Sie verpflichten sich nur für diesen Zeitraum. Wenn Sie danach zu einem anderen Verein zurück wollen, können Sie ohne jegliche Ablösesumme gehen."

Das hätte bedeutet – so steht es hier – ein Profi Uwe Seeler wäre – im Gegensatz zu allen anderen Berufsspielern auf der Welt – sein eigener Herr gewesen. Er hätte 24 Monate lang einen unglaublich gut bezahlten Italien-Trip unternehmen können. Anschließend hätte er – als wäre nichts gewesen – zu seinem alten Verein, dem HSV, zurückkehren oder sich aber noch einmal an anderer Stelle zum Höchstkurs verkaufen können.

A Meine Damen und Herren! In dieser Zeit – Uwe Seeler hat das heute in der "Bild"-Zeitung erwähnt – bekamen Sie Post von dem Präsidenten der Hamburgischen Universität, Professor Dr. Helmut Thielecke. Er schrieb Ihnen:

"Ich selbst bin aufs Tiefste von dem Zynismus betroffen, mit dem gewisse Manager besonders tüchtige junge Menschen zu Objekten ihrer Spekulation machen und sie damit oft genug in ihrer inneren Entwicklung zermürben und sie schließlich zu Bankrotteuren des Lebens werden lassen."

Herr Professor Dr. Thielecke schrieb weiter:

"Wer würde es Ihnen, Herr Seeler, verdenken, wenn Sie dieser nahezu übermächtigen Versuchung nachgeben. Doch wenn Sie dieser Versuchung widerstehen, dann wäre das ein leuchtendes Fanal, durch das Sie eine abschüssige Bahn beleuchten, die Menschen zur Besinnung zu rufen und sie davor zurückschrecken zu lassen."

Wir alle kennen das Ende der Geschichte. Der selbstbewusste Herr Herera hielt Ihnen siegessicher den Füllfederhalter hin. Aber Uwe Seeler sagte:

"Danke, meine Herren. Danke für Ihr Interesse, ich bleibe in Deutschland."

An diesem Tag wurde Uwe Seeler ein Volksheld.

(Beifall im ganzen Hause)

B Uwe Seeler hat aber nicht nur unsere Herzen erobert, er war auch für uns Kinder im sonstigen Alltag ungemein praktisch, denn Uwe Seeler hieß für uns auch: Wir durften länger aufbleiben. Ich erinnere genau die Weltmeisterschaft 1970 in Mexiko mit Fernsehübertragungen bis tief in die Nacht hinein. Unvergessen bleibt das Kopftor von Uwe zum 2:2 gegen England und ebenso das Spiel des Jahrhunderts im Halbfinale gegen Italien. Da durften wir Kinder lange aufbleiben; das gab es sonst nur bei Mohammed Ali, der damals noch Cassius Clay hieß.

Ich erinnere mich auch noch sehr genau an das Abschiedsspiel von Uwe Seeler, das 1972 im ausverkauften Volksparkstadion stattfand. Der HSV spielte gegen eine Weltauswahl. Das war ein tolles Spiel, die Atmosphäre im Volksparkstadion war fantastisch. Das Ergebnis war nicht wirklich wichtig. Ich glaube, der HSV hat 3:7 verloren. Aber mit besonderem Schmunzeln erinnere ich mich daran, dass im Laufe dieses Spiels allen Beteiligten auffiel, dass Uwe noch kein Tor geschossen hatte. Schließlich begab es sich dann, dass auch die Abwehr der Weltauswahl fest entschlossen war, das Projekt "Uwes letztes Tor" aktiv zu begleiten.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Als Uwe Seeler in den Strafraum stürmte, interessierten sich die für ihn eigentlich zuständigen Abwehrspieler weniger für den Ball, als vielmehr für den Korridor, der frei gemacht wurde, damit Uwe mit Wucht den Ball ins Tor schießen konnte, was er dann auch zum Jubel aller Hamburger tat. Dazu gratuliere ich noch einmal.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich möchte im Namen der CDU-Fraktion, lieber Uwe Seeler, mit diesen wenigen persönlichen Eindrücken betonen, wie viele Spuren Sie im Leben vieler junger

C Menschen hinterlassen und warum Sie so viele Freunde gewonnen haben.

Hamburg verehrt Sie nicht nur als herausragenden Sportler, sondern vor allem als geradlinigen und bodenständigen Menschen. Wie kein anderer haben Sie die Ehrenbürgerwürde der Freien und Hansestadt Hamburg verdient.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Frühauf.

Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, lieber Herr Seeler, meine Damen und Herren! Ich wurde im Jahre 1958 geboren. Schon in meinen ersten Lebensjahren bekam ich zu hören, dass ein Uwe Seeler sein erstes Länderspieltor geschossen hatte. Wenn ich mich recht erinnere, war das bei der Weltmeisterschaft in Argentinien.

Immer wieder hörte ich im Laufe meiner Kindheit, dass Uwe Seeler sportliche Erfolgsmeldungen produzierte. Er war Torschützenkönig in der Oberliga, 1960 Fußballer des Jahres, 1964 Torschützenkönig in der Bundesliga und so weiter. Ich weiß es nicht mehr, ob ich so viel Taschengeld bekam wie Herr Dr. Freytag. Es hätte in jedem Fall nicht ausgereicht, eine Einzelkarte oder eine Dauerkarte für den HSV zu kaufen. Deshalb bat ich meine Eltern, da ich diesen hervorragenden Sportler einmal selbst erleben wollte, mich doch einmal in das Stadion mitzunehmen, um einem Fußballspiel live beizuwohnen. Ich durfte dort auf der Tribüne Platz nehmen.

D

Sobald Uwe Seeler den Strafraum erreichte oder

auch nur einen Fuß an den Ball setzte, sprangen die Menschen vor mir empor und schrien: Tor! Der kleine Frühauf konnte nichts sehen, denn er war nicht in der Lage, durch die Menschenwände durch- und auch nicht hinüberzusehen.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Gleichwohl war ich froh, wenn es Uwe Seeler gelang, ein Tor für den HSV zu platzieren. Das eine oder andere Tor von den – so glaube ich – 400 Toren, die er allein für den HSV erzielte, habe ich aber live erlebt. Schnell wurde auch ich HSV-Fan. Ende der Sechzigerjahre gelang es mir, von Uwe Seeler höchstpersönlich ein Autogramm zu bekommen.

(Zurufe von der SPD: Oih!)

Dies betrachtete ich als eine große Ehre. Bis heute habe ich diese Autogrammkarte in Ehren gehalten und gut aufbewahrt. Sie war so gut aufbewahrt, dass ich sie für den heutigen Tag nicht finden konnte.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Wie das mit Sachen so ist, die man besonders gut aufbewahrt.

Weil mir bereits dieses Autogramm so zu Ehren gereichte, lieber Herr Seeler, freue ich mich besonders, dass wir Sie heute hier ehren können. Ich freue mich besonders – das sage ich wohl im Namen Aller und im Namen meiner Fraktion –, dass wir zum ersten Mal ein Sportler zum Ehrenbürger ernennen können. Dies ist für mich ein Zeichen, dass auch andere Menschen – als immer wieder

A nur die Politiker – Qualitäten haben, zum Ehrenbürger ernannt zu werden.

Damit werden auch einmal sportliche Werte wie Fairness und Gemeinschaftsgeist honoriert. Uwe Seeler ist nicht nur ein Vorbild für die Jugend, sondern sein soziales Engagement mit der Uwe Seeler Stiftung für Muskel-schwundhilfe ist ebenso vorbildlich. Auch menschlich ist "Uns Uwe" nicht nur jungen Sportlern ein Vorbild gewesen, sondern auch immer – fernab von Angeberei und Eitelkeit – gerade wegen seiner bescheidenen Art.

Die Ehrenbürgerschaft, lieber Herr Seeler, ist deshalb eine verdiente Auszeichnung für einen großartigen Sportler, aber auch für einen großartigen Menschen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Frau Goetsch, Sie haben das Wort.

Christa Goetsch GAL: Sehr geehrter Herr Seeler, Frau Präsidentin, meine Damen und Herrn!

"Tschüs Uwe"

stand übrigens auf der Eintrittskarte zu Uwe Seelers letztem Spiel. Das war am 1. Mai 1972. Wie schon gesagt wurde: Uwe Seeler wäre nicht Uwe Seeler, wenn er nicht den Ball doch noch ein letztes Mal ins Tor geschossen hätte.

Wie nachhaltig der Sportler Uwe Seeler gewirkt hat – wenn ich als Grüne "nachhaltig" sage, dann meine ich das auch so –, das können Sie an diesem Erinnerungsstück sehen. Das ist die Eintrittskarte zum Uwe Seeler-Abschiedsspiel.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auf der Vorderseite steht: Stehplatz Westkurve, Eintritt 5 DM. Auf der Rückseite steht: Tschüs Uwe. Ich stecke sie auch gleich wieder weg. Denn diese Originaleintrittskarte, die meinem Mann gehört, der sie bis heute in der Brieftasche aufbewahrt, ist natürlich ganz wertvoll.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Angeheiratet!)

Sie darf nicht verloren gehen.

1972 war Uwe Seeler ein Fußballstar, ein Sportleridol – das haben meine Vorfahre schon betont – und ein Volksheld. Heute im Jahre 2003 treffen die Bezeichnungen immer noch zu. Das verrät die Karte und deshalb sind wir heute auch hier.

Ich möchte Ihnen auch im Namen meiner GAL-Fraktion herzlich gratulieren. Wir freuen uns natürlich, Sie nach dem Abschied vom Profifußball nach 30 Jahren als Ehrenbürger willkommen zu heißen.

(Beifall im ganzen Hause)

Auf die Frage, wie Sie die Auszeichnung aufnehmen, die Ihnen heute verliehen wird, haben Sie gesagt, dass dies eine Ehre für den Sport sei, aber der Mensch Seeler würde sich nicht verändern. Sie sagten auch noch, dass Max Schmeling die Ehre auch verdient hätte. Das ist es wohl, was den Fußballprofi, das Sportidol und nun den Ehrenbürger Uwe Seeler so besonders unglaublich macht, und zwar in dreifacher Hinsicht.

Trotz seiner großen Erfolge ist er unglaublich bescheiden und in seiner Bescheidenheit so unglaublich glaubwürdig

geblieben. Es ist der Hamburger Jung, der dem HSV 60 Jahre treu geblieben ist, es ist der gefährliche Mittelstürmer, der – wie gehört – die lukrativsten Angebote ablehnte. Das hat Herr Dr. Freytag ausführlich beschrieben. Es ist aber auch der Familienmensch Uwe Seeler, der seine Wurzeln nie vergessen hat.

Der Erste Bürgermeister sprach es an: Ihr Vater, Erwin Seeler, von Beruf Ewerführer, war einer der großen Hamburger Fußballer. Stellvertretend für seine Erfolge – das sei hier stellvertretend gesagt – war das 9:0 gegen Ungarn bei der Arbeiterolympiade 1931. Siebenmal hieß der Torschütze Erwin Seeler. Aber auch Erwin Seeler musste Bitteres erfahren. Auch Mannschaftskameraden von Lorbeer 06 in Rothenburgsort – 1931 Deutscher Meister im Arbeitersport – wurden von den Nazis ermordet.

Uwe Seeler trat in die Fußstapfen des Vaters. Er füllte sie schon bald nicht nur als Speditionskaufmann im Hafen, sondern auch als leidenschaftlicher Fußballer aus, der den Vater weit überflügelt hat. Er ist trotzdem auf dem Boden geblieben. Sie sind eben der Erfolgsmensch, der sein Glück teilt. Auf diesen Punkt möchte ich besonders hinweisen.

Sie teilen mit denjenigen, die weniger Fortune im Leben haben, mit Kranken, mit in Not geratenen Menschen und mit Randgruppen. Ihr Zitat spricht für sich:

"Wer dem Sport viel zu verdanken hat und auf der Sonnenseite des Lebens steht, der sollte jenen etwas abgeben, die nicht die Möglichkeit hatten, ein solches Glück zu empfinden und auf der Schattenseite des Lebens stehen."

Sehr geehrter Herr Seeler! Ich bin mir sicher, dass Sie Recht haben, dass Sie sich nicht verändern werden. Das hat auch der DFB nicht geschafft, als er Sie zum Ehrenspielführer ernannte, und das hat der Bundespräsident mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes nicht geschafft. Sie haben aber mit Ihrem Einsatz selbst dazu beigetragen, dass sich Hamburg verändert hat.

Das geschah – ganz klar – natürlich in sportlicher Hinsicht, denn ohne die Fallrückzieher – ich denke da an den Fallrückzieher im Liegen gegen Westfalia Herne – und die eigentlich unmöglichen, aber dann doch möglichen Kopfbälle, die ins Tor gingen, wäre der Hamburger Fußball nicht der Hamburger Fußball. Aber das gilt auch – das habe ich vorhin schon betont – für die Hamburger Gesellschaft.

Sie leben vor, dass einem Menschen der Erfolg nicht zu Kopf steigen muss und solche Idole braucht der Sport, brauchen die Jugendlichen und brauchen wir alle. Und vielleicht stehen Sie für Werte, von denen man im Allgemeinen sagt, sie seien antiquiert, aber Ehrlichkeit, Bescheidenheit und Verantwortung, die Sie im Sport gelernt haben, haben Sie später auch für das Gemeinwesen übernommen; ich möchte eines exemplarisch anführen.

Sie haben auch Justizvollzugsanstalten besucht, Sie haben dort Sportgeräte übergeben und Gespräche mit Gefangenen geführt. Sie haben die Aktivitäten der Herberger-Stiftung unterstützt, Patientenfußball in psychiatrischen Krankenhäusern unterstützt, den Behindertensport und, wie schon genannt, die Muskel-schwundhilfe. Dafür werden Sie heute auch geehrt, sehr geehrter Herr Seeler.

A Heute ist die Bürgerschaft dank Ihrer Anwesenheit eine Art Fangemeinde geworden. Wir sind uns hier ja selten einig, aber heute sind wir alle in derselben Kurve. Sie haben es ja auch geschafft, dem HSV treu zu bleiben und im entscheidenden Moment trotzdem für St. Pauli Dauerkarten zu verkaufen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wie wäre denn das zum Schluss? Die St. Pauli-Fans könnten in Zukunft doch mal ihr "euch Uwe" stecken lassen, mein Ehrenbürger, dein Ehrenbürger. Erstens sollten wir damit großzügiger sein und mit diesem Titelgeänk aufhören, zweitens bleibt der Ehrenbürger Uwe Seeler ein freier Mann und drittens – dabei lasse ich es dann auch bewenden – ist die Fangemeinde übergreifend und Uwe Seeler ist spätestens ab heute doch "uns aller Uwe". – Danke schön.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Herr Müller-Sönksen.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Lieber Uwe Seeler, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Verleihung der hohen Auszeichnung einer Ehrenbürgerschaft ist ein ganz besonderes Ereignis. Wir zeichnen eine Person aus, die durch Leben und Werk in geradezu exemplarischer Weise diese Würdigung verdient hat.

Vieles wurde heute schon zu Ihrer Person gesagt. Daher lassen Sie mich auch nur kurz ein Wort von Ihnen ganz besonders herausstellen, das für Ihre sportliche Fairness und auch für Ihre Lebensanschauung, wie ich finde, spricht. "Gewinnen wollen und verlieren können" haben Sie, sehr geehrter Herr Seeler, einmal geantwortet, nachdem Sie nach Ihrem Motto gefragt worden sind. Gewonnen haben Sie in Ihrer beispiellosen Karriere allerhand. Sie waren mit dem HSV Deutscher Meister, Pokalsieger, erster Torschützenkönig der Bundesliga und dreimal Fußballer des Jahres in Deutschland. Diese Liste ließe sich noch problemlos verlängern und ich würde mich auch an dieser Stelle nur wiederholen. Das, was Michael Freytag, Norbert Frühauf und auch der Mann von Christa Goetsch gesagt haben,

(Beifall bei allen Fraktionen)

dass Sie in uns allen Spuren hinterlassen haben, kann ich auch ohne Taschengeld belegen. Ich brauchte überhaupt keine Eintrittskarten, denn ich habe als kleiner Buttje an der Rothenbaumchaussee 115 in einem Neubau direkt gegenüber des alten Traditionssportplatzes immer direkt auf die Tribünen geschaut. Dort haben früher in den überdachten Tribünen links und rechts Fußbälle an Seilen heruntergehängen und da habe ich uns Uwe, meinen Uwe ständig mit der ganzen HSV-Mannschaft gesehen. Ich brauche gar kein Foto, ich brauche auch keinen Fallrückzieher, ich brauche keine Wiederholungen, kein Replay, das ist mein Bild von Ihnen. Es ist für mich nach über 40 Jahren eine ganz besondere Ehre – ich kann mich daran erinnern, als Dreijähriger, Vierjähriger immer auf das Spielfeld geguckt zu haben –, Sie heute hier sehen zu können.

Doch den wahren Grund für Ihre ungeheure und ungebrochene Popularität liefert diese Liste der Erfolge nicht. Im Gegenteil. Es sind wohl eher die nichtgewonnenen Titel, die Sie zu uns Uwe machten, einen zum Anfassen

eben. Die persönlichen Erfolgsstorys sind nicht immer nur Erfolge, sondern auch Niederlagen, und viele von uns in Hamburg und Deutschland haben gesehen, wie Sie mit diesen persönlichen Erfolgen, aber auch mit den Niederlagen umgegangen sind. Das macht Sie zu einem Idol, das macht Sie zu unserem Uwe Seeler.

Mit Ihnen konnten und können sich die Menschen in dieser Stadt identifizieren. Sie selbst betonen immer wieder, dass es für Sie das Schönste auf der Welt sei, normal zu sein. Walter Zuckerer hat das, wie ich finde, sehr zutreffend – ich muss es hier nicht wiederholen – beschrieben. Dem möchte ich mich absolut anschließen, Walter Zuckerer.

Die "FAZ" nannte Sie den klassenlosen Fußballhelden. Sie verkörperten auf dem Spielfeld Eigenschaften der deutschen Nachkriegsgeneration: Ärmeln aufkrepeln, arbeiten, nie aufgeben.

Als Sie nach dem Weltmeisterschaftsfinale 1966 im Londoner Wembley-Stadion nach dem 2 : 4 nach der Verlängerung gegen England verloren hatten und anschließend mit gesenktem Haupt vom Rasen gingen, ging dieses Foto um die Welt. Erst in der Niederlage zeigte sich die wahre Größe. Noch heute wird Ihre Fairness gerühmt, mit der Sie als Kapitän der Deutschen Nationalmannschaft das umstrittene dritte Tor der Engländer hinnahmen. Sie, verehrter Herr Seeler, stehen für diese Fairness und den hanseatischen Sportsgeist. Deshalb sind Sie für diese Ehrung heute prädestiniert.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Nachdem niemand weiter das Wort begehrt, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem Antrag des Senats folgen und zustimmen, dass Herrn Uwe Seeler das Ehrenbürgerrecht der Freien und Hansestadt Hamburg verliehen wird? – Danke schön. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann kann ich feststellen, dass die Bürgerschaft einstimmig zugestimmt hat.

(Lang anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Damit hat die Bürgerschaft, Herr Bürgermeister, das ihrige getan. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.40 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung war der Abgeordnete Ronald Barnabas Schill nicht anwesend.

(Siehe Seite 3023 B)

Anlage 1

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft
am 26. November 2003

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
21	17/3604	Zielgerichtete Wohnungsbauförderung für sozial schwache Mieter
22	17/3605	Feststellung des Senats über das Zustandekommen eines Volksbegehrens hier: Volksbegehren „Mehr Bürgerrechte – Ein neues Wahlrecht für Hamburg“
25	17/3623	Abschlussbericht der Projektgruppe zur Erarbeitung eines IuK-Konzepts für die Bürgerschaft
27	17/3582	Bericht des Europaausschusses
28	17/3585	Bericht des Kulturausschusses
31	17/3588	Zwischenbericht des Kulturausschusses
32	17/3589	Bericht des Kulturausschusses

Zu Punkt 2

Anlage 2

(Siehe Seite 3011 A)

Ergebnis der Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihrer Vertreterinnen und Vertreter
(Drs 17/3525)

		davon			
	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	ungültige Stimmen
Gewählt wurden:					
<i>a) Mitglieder</i>					
<i>nach § 16 HmbRiG</i>					
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Hans Jürgen Grambow	114	95	15	4	–
Hertha-Jenny Ulferts	108	87	16	5	–
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Viviane Spethmann	113	94	7	12	–
Dr. Detlef Gottschalck	110	89	11	10	–
Vorschlag der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:					
Reinhold J. W. Schabe	112	73	32	7	–
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Ernst Medecke	116	84	26	6	–
<i>nach § 18 Absatz 1 HmbRiG</i>					
Vorschlag des Vorstands der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer:					
Ute Balten	99	92	4	3	–
Dietrich Wenke	119	99	15	5	–
<i>nach § 18 Absatz 2 HmbRiG</i>					
Vorschlag des DGB:					
Peter Klenter	119	89	24	6	–
Vorschlag der Landesvereinigung der Unternehmensverbände:					
Peter Helbron	108	89	10	9	–
<i>b) Vertreterinnen/Vertreter</i>					
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Erika Dieckmann	113	95	12	6	–
Gerd-Gustav Weiland	114	94	15	5	–

		davon			
		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	ungültige Stimmen
Gewählt wurden:	Zahl der abgegebenen Stimmen				
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Cornelia Schroeder-Piller	112	95	8	9	–
Claus Joachim Dickow	104	87	9	8	–
Vorschlag der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:					
André Gonska	112	70	35	7	–
Vorschlag der Fraktion der GAL:					
Dr. Bettina Kähler	110	85	20	5	–
Vorschlag des Vorstands der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer:					
Gerhard Strate	113	96	15	2	–
Jan Schubel	108	98	6	4	–
Vorschlag des DGB:					
Lutz-Ulrich Meyer	113	80	25	8	–
Vorschlag der Landesvereinigung der Unternehmensverbände:					
Norbert Guhl	107	87	12	8	–

Zu Punkt 3

Anlage 3

(Siehe Seite 3011 A)

Ergebnis der Wahl von Mitgliedern für den Vorstand der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM)

Zahl der abgegebenen Stimmen	davon			
	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	ungültige Stimmen
117	114	2	1	–

Gewählt wurden:

Dr. Günter Hörmann

Dietrich Sattler

Tanja Martens

Frauke Hamann

Bertram Schwarz

Ingrid Pöhland

Kay E. Sattelmair

Zu Punkt 3 a

Anlage 4

(Siehe Seite 3011 B)

Ergebnis der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres

Gewählt wurde:	Zahl der abgegebenen Stimmen	davon			
		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	ungültige Stimmen
Vorschlag der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive					
Gerhard Sellhorn	117	75	29	13	–